

Amtsblatt

der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Teil I

Nummer 15

Ausgegeben in München am 14. August 2006

Jahrgang 2006

Inhalt

Seite

I. Rechtsvorschriften

Wahlordnung für die staatlichen Hochschulen (BayHSchWO) 174

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Schulversuch *Modularisierung in der Hauptschule* 183

Aufgaben der Staatlichen Schulämter 183

Rahmenvereinbarung über Richtlinien für die Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung in Bayern 186

Zulassung von Lernmitteln 192

III. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen

—

I. Rechtsvorschriften

2210-1-1-2-WFK

Wahlordnung für die staatlichen Hochschulen (BayHSchWO)

Vom 16. Juni 2006 (GVBl S. 338)

Auf Grund von Art. 38 Abs. 1 Satz 4, Art. 52 Abs. 2 Satz 3 und Art. 106 Abs. 1 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-WFK) erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Verordnung:

Inhaltsübersicht

§ 1 Geltungsbereich

Abschnitt I

Bestimmungen für die Wahlen zu Senat und Fakultätsrat

- § 2 Wahlrechtsgrundsätze
- § 3 Wahlberechtigung und Wählbarkeit
- § 4 Ausübung des Wahlrechts; Wählerverzeichnis
- § 5 Wahlorgane; Zusammensetzung und Aufgaben
- § 6 Wahlausschreiben
- § 7 Amtszeiten; Wahltermine und Zeit der Stimmabgabe
- § 8 Wahlvorschläge
- § 9 Prüfung der Wahlvorschläge
- § 10 Vorbereitung der Wahl und Gestaltung der Wahlunterlagen
- § 11 Stimmabgabe
- § 12 Briefwahl
- § 13 Auszählung
- § 14 Feststellung des Wahlergebnisses
- § 15 Wahlniederschrift; Aufbewahrung von Wahlunterlagen
- § 16 Annahme der Wahl
- § 17 Nachrücken von Ersatzvertretern und Ersatzvertreterinnen
- § 18 Wahlprüfung
- § 19 Fristen

Abschnitt II

Bestimmungen für die Wahl der weiteren Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden im studentischen Konvent (Art. 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayHSchG)

- § 20 Wahlrechtsgrundsätze; Wahlberechtigung und Wählbarkeit
- § 21 Amtszeit und Zeitpunkt der Wahl
- § 22 Anwendbarkeit der Bestimmungen des Abschnitts I; Sonderregelungen

Abschnitt III

Bestimmungen für Neuwahlen

- § 23 Anwendung von Vorschriften dieser Wahlordnung; besondere Bestimmungen für Wahltermine und Amtszeiten

Abschnitt IV

Übergangs- und Schlussbestimmungen

- § 24 Übergangsvorschriften
- § 25 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Wahlordnung gilt für die Wahlen

1. der Vertreter und Vertreterinnen im Senat (Art. 25 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 BayHSchG),
2. der Vertreter und Vertreterinnen im Fakultätsrat (Art. 31 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 4 bis 7 BayHSchG) sowie
3. der weiteren Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden im studentischen Konvent (Art. 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayHSchG)

der staatlichen Hochschulen (Art. 1 Abs. 2 BayHSchG).

(2) Gehören einer Mitgliedergruppe nicht mehr Mitglieder an, als Vertreter und Vertreterinnen zu wählen sind, werden diese ohne Wahl Mitglieder des betreffenden Organs.

Abschnitt I

Bestimmungen für die Wahlen zu Senat und Fakultätsrat

§ 2

Wahlrechtsgrundsätze

(1) ¹Die Vertreter und Vertreterinnen im Senat und im Fakultätsrat werden nach Maßgabe dieser Wahlordnung in gleicher, freier und geheimer Wahl in jeweils nach Gruppen getrennten Wahlgängen nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl unmittelbar gewählt (Listenwahl). ²Wird in einer Gruppe nur ein gültiger Wahlvorschlag eingereicht, erfolgt die Wahl nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl (Personenwahl).

(2) ¹Für die Wahlen bilden jeweils eine Gruppe

1. die Professoren und Professorinnen sowie die Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen (Gruppe der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen),

2. die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie die Lehrkräfte für besondere Aufgaben (Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen),
3. die sonstigen an der Hochschule tätigen Beamten und Beamtinnen sowie Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Gruppe der sonstigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen),
4. die Studierenden.

²Die Lehrbeauftragten an den Hochschulen für Musik gehören der Gruppe nach Satz 1 Nr. 2 an; an der Hochschule für Fernsehen und Film werden Abteilungsleiter und Abteilungsleiterinnen, soweit sie nicht Professoren und Professorinnen sind, der Gruppe nach Satz 1 Nr. 1 zugeordnet. ³Die Zuordnung von Personen, die die Rechte und Pflichten von Mitgliedern der Hochschule nach Art. 17 Abs. 1 Satz 5 BayHSchG haben, regelt die Grundordnung.

(3) Eine Abwahl von Vertretern oder Vertreterinnen der Gruppe ist nicht zulässig.

§ 3

Wahlberechtigung und Wählbarkeit

(1) ¹Wahlberechtigt und wählbar ist jedes Mitglied der Hochschule, das der betreffenden Gruppe zugeordnet ist. ²Für nebenberuflich Tätige gilt dies nur, wenn deren regelmäßige Arbeitszeit mindestens zehn Stunden wöchentlich beträgt (Art. 17 Abs. 1 Satz 4 BayHSchG). ³Mit dem Beginn der Freistellungsphase im Blockmodell der Altersteilzeit (Art. 80d Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayBG) endet die Wahlberechtigung und Wählbarkeit.

(2) Kommt für ein Mitglied der Hochschule die Zugehörigkeit zu mehr als einer der in § 2 Abs. 2 Satz 1 aufgezählten Gruppen in Betracht, gehört es zu der in der Reihenfolge des § 2 Abs. 2 Satz 1 zunächst aufgezählten Gruppe.

(3) ¹Bei der Wahl der Vertreter und Vertreterinnen im Fakultätsrat ist ein Mitglied der Hochschule nur in der Fakultät wahlberechtigt und wählbar, der es zum Zeitpunkt der Schließung des Wählerverzeichnisses nach Art. 27 Abs. 2 BayHSchG angehört. ²Professoren und Professorinnen, die nach Art. 27 Abs. 3 BayHSchG Zweitmitglied in einer anderen Fakultät sind, sind in dieser weder wahlberechtigt noch wählbar.

(4) Mit dem Verlust der Wählbarkeit in der Gruppe, für die es gewählt ist, scheidet das betreffende Mitglied aus dem Senat oder dem Fakultätsrat aus.

§ 4

Ausübung des Wahlrechts; Wählerverzeichnis

(1) Das aktive und passive Wahlrecht können nur Wahlberechtigte ausüben, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind.

(2) ¹Das Wählerverzeichnis wird von der Hochschulverwaltung erstellt. ²Es gliedert sich entspre-

chend § 2 Abs. 2 Satz 1 in vier Gruppen, die jeweils mindestens in Fakultäten und den sonstigen Bereich untergliedert werden; eine Untergliederung in Fakultäten und den sonstigen Bereich unterbleibt an Hochschulen, die nicht in Fakultäten gegliedert sind. ³Innerhalb dieser Gliederung ist das Wählerverzeichnis in alphabetischer Reihenfolge zu führen oder in anderer Weise übersichtlich zu gestalten; es muss den Namen, den Vornamen und die Anschrift der Wahlberechtigten enthalten, wobei bei den Bediensteten die Dienstanschrift genügt; soweit es zur Kennzeichnung von Wahlberechtigten erforderlich ist, ist auch das Geburtsdatum anzugeben. ⁴Die Hochschulverwaltung hat das Wählerverzeichnis bis zur Schließung laufend zu aktualisieren und zu berichtigen. ⁵Das Wählerverzeichnis kann auch in Form einer elektronisch, magnetisch oder in anderer Weise gespeicherten Datei geführt werden. ⁶Rechtzeitig vor der Offenlegung nach Abs. 3 Satz 2 ist ein den Anforderungen dieser Wahlordnung entsprechender Ausdruck zu erstellen.

(3) ¹Am 28. Tag vor dem ersten Wahltag wird das Wählerverzeichnis geschlossen. ²Es muss mindestens während der letzten drei nicht vorlesungsfreien Tage vor der Schließung innerhalb der Hochschule an geeigneter Stelle zur Einsicht ausgelegt werden; Samstage gelten als vorlesungsfrei im Sinn dieser Bestimmung.

(4) ¹Gegen die Nichteintragung oder eine falsche Eintragung in das Wählerverzeichnis können die Betroffenen spätestens am ersten Werktag nach Schließung des Wählerverzeichnisses, jedoch nicht an Samstagen, schriftlich Erinnerung beim Wahlleiter oder der Wahlleiterin einlegen. ²Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin trifft unverzüglich, spätestens innerhalb von vier Kalendertagen nach Schließung des Wählerverzeichnisses eine Entscheidung.

(5) ¹Gegen die Eintragung einer Person in das Wählerverzeichnis, die nicht wahlberechtigt ist, kann von jedem oder jeder Wahlberechtigten spätestens am ersten Werktag nach Schließung des Wählerverzeichnisses, jedoch nicht an Samstagen, schriftlich Erinnerung eingelegt werden. ²Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin entscheidet hierüber unverzüglich, spätestens innerhalb von vier Kalendertagen nach Schließung des Wählerverzeichnisses; die eingetragene Person soll vorher gehört werden.

(6) ¹Ist eine Erinnerung begründet, so hat der Wahlleiter oder die Wahlleiterin das Wählerverzeichnis zu berichtigen. ²Die Berichtigung des Wählerverzeichnisses nach dessen Schließung ist in einer Anlage zum Wählerverzeichnis zu vermerken.

(7) Nach Schließung des Wählerverzeichnisses ist eine Berichtigung des Wählerverzeichnisses durch die Hochschulverwaltung von Amts wegen hinsichtlich der in Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 2 genannten Angaben vorzunehmen, soweit die Wahlberechtigung eines oder einer Einzelnen dadurch nicht berührt wird.

§ 5

Wahlorgane; Zusammensetzung und Aufgaben

(1) Wahlorgane sind der Wahlleiter oder die Wahlleiterin sowie der Wahlausschuss.

(2) ¹Wahlleiter oder Wahlleiterin ist der Kanzler oder die Kanzlerin. ²Dessen oder deren Vertreter oder Vertreterin im Amt ist Stellvertreter oder Stellvertreterin des Wahlleiters oder der Wahlleiterin.

(3) ¹Dem Wahlausschuss gehören elf Vertreter und Vertreterinnen der in § 2 Abs. 2 Satz 1 genannten Gruppen im Verhältnis 6:2:1:2 an. ²Der Wahlausschuss ist auch dann ordnungsgemäß zusammengesetzt, wenn für eine der in § 2 Abs. 2 Satz 1 genannten Gruppen keine oder nur weniger Vertreter oder Vertreterinnen bestellt werden können; dies gilt auch, wenn Mitglieder einer Gruppe nicht vorhanden sind. ³Sie werden vom Senat der Hochschule für die jeweils nach dieser Wahlordnung durchzuführenden Wahlen bestellt. ⁴Dieser soll gleichzeitig für den Fall des Ausscheidens bestellter Vertreter oder Vertreterinnen Ersatzvertreter oder Ersatzvertreterinnen bestellen; sind keine Ersatzvertreter oder Ersatzvertreterinnen bestellt, ist vom Senat bei Ausscheiden eines Vertreters oder einer Vertreterin ein neuer Vertreter oder eine neue Vertreterin zu bestellen. ⁵Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin gibt die Zusammensetzung des Wahlausschusses bekannt.

(4) ¹Die Wahlorgane können zur Erfüllung ihrer Aufgaben Hilfspersonen heranziehen (Wahlhelfer und Wahlhelferinnen). ²Die Mitglieder der Hochschule sind nach Art. 18 Abs. 1 Satz 2 BayHSchG zur Übernahme von Wahlhelferaufgaben verpflichtet.

(5) Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin, die Mitglieder des Wahlausschusses und die Wahlhelfer und Wahlhelferinnen sind zur unparteiischen und gewissenhaften Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet; sie üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

(6) ¹Der Wahlausschuss wählt aus der Mitte seiner hauptberuflich an der Hochschule tätigen Mitglieder je eine Person für den Vorsitz und die Vertretung; bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. ²Die erste Sitzung des Wahlausschusses wird vom Wahlleiter oder von der Wahlleiterin einberufen und von diesem oder dieser bis zur Wahl eines oder einer Vorsitzenden geleitet.

(7) ¹Der Wahlausschuss, der auch mündlich mit einer Frist von mindestens einem Tag geladen werden kann, ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. ²Er beschließt mit der Mehrzahl der abgegebenen Stimmen in Sitzungen. ³Kann in unaufschiebbaren Angelegenheiten der Wahlausschuss nicht mehr rechtzeitig geladen werden oder ist dieser nicht beschlussfähig, entscheidet in diesen unaufschiebbaren Angelegenheiten der Wahlleiter oder die Wahlleiterin an Stelle des Wahlausschusses. ⁴Sind der oder die Vorsitzende und dessen oder deren Vertreter oder Vertreterin nicht anwesend, ist für die jeweilige Sitzung entsprechend Abs. 6 ein Vorsitzender oder eine Vorsitzende zu wählen.

(8) ¹Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin ist für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Wahlen (einschließlich der Auszählung der Stimmen) verantwortlich. ²Er oder sie sorgt insbesondere für die Erstellung der Wählerverzeichnisse, den Druck der Wahlbekanntmachung und der Stimmzettel sowie für Wahlurnen und sonstige Wahlrichtungen. ³Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin

bestimmt den Wahltermin, erlässt das Wahlausschreiben und gibt die weiteren für die Durchführung der Wahlen erforderlichen Angaben und Termine in der Hochschule bekannt.

(9) ¹Der Wahlausschuss nimmt die ihm durch diese Wahlordnung übertragenen Aufgaben wahr. ²Er beschließt auf Ersuchen des Wahlleiters oder der Wahlleiterin über die Regelung von Einzelheiten der Wahlvorbereitung und der Wahldurchführung.

(10) Die Wahlorgane haben bei ihren Entscheidungen zu berücksichtigen, dass durch die Regelung des Wahlverfahrens und die Bestimmung des Zeitpunkts der Wahl die Voraussetzungen für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu schaffen sind.

§ 6

Wahlausschreiben

(1) Spätestens am 49. Tag vor dem ersten Wahltag erlässt der Wahlleiter oder die Wahlleiterin ein Wahlausschreiben, das in der Hochschule durch Anschlag bekannt gemacht wird.

(2) ¹Das Wahlausschreiben muss enthalten

1. Ort und Tag seines Erlasses,
2. die Zahl der in den einzelnen Gruppen zu wählenden Vertreter und Vertreterinnen des jeweiligen Organs,
3. die Angabe, wo und wann das Wählerverzeichnis zur Einsicht ausliegt,
4. den Hinweis, dass die Ausübung des Wahlrechts von der Eintragung im Wählerverzeichnis abhängig ist,
5. die Aufforderung, Wahlvorschläge einzureichen; der Zeitraum, innerhalb dessen Wahlvorschläge eingereicht werden können, und der letzte Tag der Einreichungsfrist sind anzugeben,
6. den Hinweis, dass nur fristgerecht eingereichte Wahlvorschläge berücksichtigt werden und dass nur gewählt werden kann, wer in einen solchen Wahlvorschlag aufgenommen ist,
7. den Ort, an dem die Wahlvorschläge bekannt gegeben werden,
8. den Wahltermin und die Zeit der Stimmabgabe,
9. den Hinweis auf die Möglichkeit der Briefwahl.

²Im Wahlausschreiben soll auf die Wahlbenachrichtigung gemäß § 10 Abs. 1 hingewiesen werden.

§ 7

Amtszeiten, Wahltermine und Zeit der Stimmabgabe

(1) ¹Die Amtszeit der Vertreter und Vertreterinnen im Senat und im Fakultätsrat beträgt zwei Jahre; die Amtszeit der Vertreter und Vertreterinnen der Stu-

dierenden beträgt ein Jahr. ²Sie beginnt am 1. Oktober und endet am 30. September.

(2) ¹Die Wahlen finden am Ende eines Studienjahres für die mit dem folgenden Studienjahr beginnende Amtsperiode statt. ²Die Stimmabgabe ist an bis zu drei aufeinander folgenden nicht vorlesungsfreien Tagen jeweils von 9.00 bis spätestens 18.00 Uhr durchzuführen. ³Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin bestimmt für die Wahl der Vertreter und Vertreterinnen im Senat und in den Fakultätsräten gemeinsame Wahltermine.

(3) ¹Wird während einer laufenden Amtsperiode im Sinn des Abs. 1 eine neue Fakultät gebildet, werden die Vertreter und Vertreterinnen im Fakultätsrat für den Rest der Amtsperiode gewählt. ²Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin legt den Wahltermin und die Zeit der Stimmabgabe fest. ³Abs. 2 Satz 1 gilt nicht.

§ 8

Wahlvorschläge

(1) Vorschläge für die Wahl der Vertreter und Vertreterinnen (Wahlvorschläge) sind getrennt nach

1. Organen (Senat und Fakultätsrat) und
 2. Gruppen (§ 2 Abs. 2 Satz 1)
- zu machen.

(2) ¹Wahlvorschläge bedürfen der Schriftform. ²Die Zahl der Bewerber und Bewerberinnen eines Wahlvorschlags darf höchstens das Dreifache der Zahl der zu wählenden Vertreter und Vertreterinnen betragen; diese Höchstzahl erhöht sich bei der Wahl der Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden in die Fakultätsräte auf das Zweifache der Zahl der der jeweiligen Fachschaftsvertretung höchstens angehörenden Vertreter oder Vertreterinnen der Studierenden. ³Die Namen der einzelnen Bewerber und Bewerberinnen sind auf dem Wahlvorschlag mit fortlaufenden Nummern zu versehen. ⁴Bewerber und Bewerberinnen, die in der jeweiligen Gruppe nicht wählbar sind, werden durch den Wahlleiter oder die Wahlleiterin aus dem Wahlvorschlag gestrichen.

(3) ¹Der Wahlvorschlag muss den Namen, den Vornamen, die Amts- oder Berufsbezeichnung der Bewerber und Bewerberinnen sowie die Stelle, an der sie tätig sind, bei Studierenden neben dem Namen und Vornamen die Fakultät, der sie angehören, enthalten; soweit es zur Kennzeichnung von Bewerbern oder Bewerberinnen erforderlich ist, ist auch das Geburtsdatum anzugeben; darüber hinaus kann die Zugehörigkeit zu einer Vereinigung von Mitgliedern der Hochschulen im Freistaat Bayern angegeben werden; bei Studierenden kann das Studienfach zusätzlich angegeben werden; dem Wahlvorschlag soll eine kurz gefasste Gesamtbezeichnung gegeben werden; weitere Angaben darf der Wahlvorschlag nicht enthalten. ²Aus dem Wahlvorschlag soll zu ersehen sein, welcher der Unterzeichner und Unterzeichnerinnen zur Vertretung des Vorschlags gegenüber den Wahlorganen und zur Entgegennahme von Erklärungen und Entscheidungen der Wahlorgane berechtigt ist; fehlt diese Angabe, gilt die Person als berechtigt, die an erster Stelle unterzeichnet hat.

(4) ¹ Ein Wahlvorschlag für die Wahl der Vertreter

und Vertreterinnen im Senat muss von mindestens zehn Personen, ein Wahlvorschlag für die Wahl der Vertreter und Vertreterinnen im Fakultätsrat muss von mindestens fünf Personen durch eigenhändige Unterschrift unterzeichnet werden, die für die jeweilige Wahl in der jeweiligen Gruppe wahlberechtigt sind. ²Wahlvorschläge an den Kunsthochschulen müssen von mindestens fünf Personen durch eigenhändige Unterschrift unterzeichnet werden, die für die jeweilige Wahl in der jeweiligen Gruppe wahlberechtigt sind. ³Gehörten einer Gruppe bei der letzten Wahl weniger als 20 Wahlberechtigte an, so genügt die Unterzeichnung durch einen Wahlberechtigten oder eine Wahlberechtigte. ⁴Die Vorschlagenden haben bei der Unterzeichnung eines Wahlvorschlags zu ihrer Person die in Abs. 3 Satz 1 Halbsätze 1 und 2 genannten Angaben zu machen; sie können darüber hinaus ihre Zugehörigkeit zu einer Vereinigung von Mitgliedern der Hochschulen im Freistaat Bayern angeben. ⁵Die Aufnahme Wahlberechtigter in einen Wahlvorschlag schließt diese nicht von der Unterzeichnung dieses Wahlvorschlags aus; dies gilt nicht, wenn die Unterzeichnung durch einen Wahlberechtigten genügt und der Wahlvorschlag nur eine Person enthält.

(5) ¹Mit dem Wahlvorschlag ist die schriftliche Einverständniserklärung der in ihm genannten Bewerber und Bewerberinnen zur Kandidatur auf diesem Wahlvorschlag vorzulegen. ²Deren Aufnahme in den Wahlvorschlag ohne Einverständniserklärung ist unzulässig. ³Ohne Einverständniserklärung benannte Kandidaten und Kandidatinnen sind durch den Wahlleiter oder die Wahlleiterin aus dem Vorschlag zu streichen.

(6) ¹Bewerber und Bewerberinnen dürfen für eine Wahl zu einem Organ nur auf einem Wahlvorschlag, und zwar nur einmal, genannt werden. ²Wer mit seinem Einverständnis auf mehreren Wahlvorschlägen genannt wird, ist durch den Wahlleiter oder die Wahlleiterin auf allen Wahlvorschlägen zu streichen.

(7) Wahlberechtigte können für eine Wahl zu einem Organ nur einen Wahlvorschlag im Sinn des Abs. 4 unterstützen; hat jemand mehrere Wahlvorschläge unterzeichnet, ist seine Unterschrift auf allen Wahlvorschlägen ungültig.

(8) Ein Wahlvorschlag, der im Zeitpunkt der Einreichung im Sinn des Abs. 4 ausreichend unterstützt war, ist auch dann zuzulassen, wenn Unterzeichner und Unterzeichnerinnen der Vorschlagsliste nach Ablauf der Einreichungsfrist erklären, dass sie den Wahlvorschlag nicht länger unterstützen.

(9) Vorgeschlagene Bewerber und Bewerberinnen können durch schriftliche Erklärung ihre Kandidatur zurücknehmen, solange nicht über die Zulassung des Wahlvorschlags entschieden ist.

(10) ¹Wahlvorschläge können nur innerhalb des vom Wahlleiter oder von der Wahlleiterin festgesetzten Zeitraums eingereicht werden. ²Dieser Zeitraum beträgt zwei Wochen und endet spätestens am 28. Tag vor dem ersten Wahltag.

§ 9

Prüfung der Wahlvorschläge

(1) ¹Nach Ablauf der Einreichungsfrist (§ 8 Abs. 10)

prüft der Wahlausschuss unverzüglich die Wahlvorschläge und entscheidet über deren Gültigkeit und Zulassung. ²Stellt er Mängel fest, gibt er den Wahlvorschlag an die berechtigte Person im Sinn des § 8 Abs. 3 Satz 2 mit der Aufforderung zurück, die Mängel innerhalb einer Frist von drei nicht vorlesungsfreien Tagen zu beseitigen; Samstage gelten als vorlesungsfreie Tage. ³Werden die Mängel nicht fristgerecht beseitigt, sind diese Wahlvorschläge ungültig.

(2) ¹Auf Grund der zugelassenen Wahlvorschläge werden vom Wahlleiter oder von der Wahlleiterin die Stimmzettel erstellt. ²Die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel wird durch das von einem Mitglied des Wahlausschusses zu ziehende Los bestimmt.

(3) Spätestens am 14. Tag vor dem ersten Wahltag gibt der Wahlleiter oder die Wahlleiterin die zugelassenen Wahlvorschläge bekannt; soweit Personenwahl stattfindet, ist besonders darauf hinzuweisen.

§ 10

Vorbereitung der Wahl und Gestaltung der Wahlunterlagen

(1) ¹Wahlberechtigte, die im Wählerverzeichnis eingetragen sind, erhalten möglichst vor dem Zeitpunkt der Schließung des Wählerverzeichnisses eine Wahlbenachrichtigung. ²In der Wahlbenachrichtigung wird den Wahlberechtigten mitgeteilt, bei welcher Gruppe und bei welcher Fakultät sie im Wählerverzeichnis eingetragen sind und in welchem Abstimmungsraum sie die Stimme abzugeben haben. ³Erfolgt eine Berichtigung des Wählerverzeichnisses, erhalten die betroffenen Wahlberechtigten gegebenenfalls eine berichtigte Wahlbenachrichtigung. ⁴Mit der Wahlbenachrichtigung erhalten die Wahlberechtigten einen Vordruck für einen Antrag auf Übersendung der Briefwahlunterlagen (§ 12 Abs. 2).

(2) ¹Für jede Gruppe (§ 2 Abs. 2 Satz 1) und jedes Organ werden besondere Stimmzettel hergestellt. ²Auf dem Stimmzettel sind die Wahlvorschläge jeweils in der Reihenfolge der Losnummern mit den in § 8 Abs. 3 Satz 1 genannten Angaben aufzuführen. ³Bei Personenwahl sind auf dem Stimmzettel die Vorgesprochenen in der dem Wahlvorschlag entsprechenden Reihenfolge mit den in § 8 Abs. 3 Satz 1 genannten Angaben aufzuführen; auf dem Stimmzettel ist darauf hinzuweisen, dass die Wahl als Personenwahl durchgeführt wird. ⁴In den Stimmzetteln ist auf die Möglichkeiten der Stimmabgabe nach § 11 Abs. 4 und 5 hinzuweisen.

(3) Die Stimmzettel sind mit dem Dienstsiegel der Hochschule zu versehen.

(4) Soweit diese Wahlordnung nichts Näheres bestimmt, entscheidet der Wahlleiter oder die Wahlleiterin über die äußere Gestaltung der Wahlunterlagen im Benehmen mit dem Wahlausschuss.

§ 11

Stimmabgabe

(1) ¹Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin bestimmt

Zahl und Ort der Abstimmungsräume. ²Er oder sie trifft Vorkehrungen, dass die Wähler und Wählerinnen den Stimmzettel im Abstimmungsraum unbeobachtet kennzeichnen können. ³Für die Aufnahme der Stimmzettel sind Wahlurnen zu verwenden. ⁴Der Zugang zu den Wahlräumen ist allen Wahlberechtigten der Hochschule nur zu Wahlzwecken gestattet. ⁵Jegliche Beeinflussung der Wahlberechtigten im Abstimmungsraum ist unzulässig. ⁶Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin kann im näheren Umkreis von Wahllokalen jegliche Beeinflussung von Wahlberechtigten sowie den Aufenthalt von Personen untersagen; dieser Umkreis ist zu kennzeichnen.

(2) ¹Für jeden Abstimmungsraum wird vom Wahlleiter oder von der Wahlleiterin ein aus mindestens drei Wahlhelfern oder Wahlhelferinnen bestehender Wahlvorstand bestellt. ²Mindestens zwei Wahlhelfer oder Wahlhelferinnen müssen ständig im Abstimmungsraum anwesend sein, solange dieser zur Stimmabgabe geöffnet ist. ³Gehören nicht alle Wahlhelfer und Wahlhelferinnen dem Wahlvorstand an, muss von den anwesenden Wahlhelfern und Wahlhelferinnen jeweils einer oder eine dem Wahlvorstand angehören.

(3) Die Stimmberechtigten erhalten vom Wahlvorstand beim Betreten des Abstimmungsraums die erforderlichen Stimmzettel.

(4) ¹Ist nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu wählen (§ 2 Abs. 1 Satz 1), kann die Stimme nur für Bewerber und Bewerberinnen abgegeben werden, deren Namen in demselben Wahlvorschlag enthalten sind. ²Jede wahlberechtigte Person hat so viele Stimmen, wie für ihre Gruppe in Senat oder Fakultätsrat Vertreter und Vertreterinnen zu wählen sind. ³Sie kann einen Wahlvorschlag unverändert annehmen oder Bewerbern oder Bewerberinnen innerhalb der ihr zustehenden Stimmenzahl jeweils bis zu drei Stimmen geben (Häufelung); sie kann auch einen Wahlvorschlag kennzeichnen und innerhalb dieses Wahlvorschlags einzelnen Bewerbern oder Bewerberinnen innerhalb der ihr zustehenden Stimmenzahl bis zu drei Stimmen geben. ⁴Die wahlberechtigte Person gibt ihre Stimme in der Weise ab, dass sie durch ein Kreuz oder auf eine andere Weise eindeutig auf dem Stimmzettel erkennbar macht, welchen Wahlvorschlag oder welche Bewerber oder Bewerberinnen sie wählt; will die wahlberechtigte Person häufeln, setzt sie vor den Namen des Bewerbers oder der Bewerberin die Zahl der Stimmen, die sie diesem Bewerber oder dieser Bewerberin geben will, oder eine entsprechende Anzahl von Kreuzen. ⁵Nimmt die wahlberechtigte Person einen Wahlvorschlag unverändert an, wird den Bewerbern und Bewerberinnen dieses Wahlvorschlags in der Reihenfolge ihrer Benennung (§ 8 Abs. 2) je eine Stimme bis zur Erreichung der der wahlberechtigten Person insgesamt zustehenden Stimmenzahl zugerechnet; enthält der Wahlvorschlag weniger Bewerber und Bewerberinnen als der wahlberechtigten Person Stimmen zustehen, gilt dies als Verzicht der wahlberechtigten Person auf ihre weiteren Stimmen. ⁶Gibt die wahlberechtigte Person einzelnen Bewerbern oder Bewerberinnen eines Wahlvorschlags weniger Stimmen als ihr insgesamt zustehen, verzichtet sie damit auf ihre weiteren Stimmen, soweit sie nicht gleichzeitig den Wahlvorschlag kennzeichnet, was als Vergabe der noch nicht ausgenützten Reststimmen gilt, die den nicht angekreuzten Bewerbern und

Bewerberinnen innerhalb des Wahlvorschlags in der Reihenfolge ihrer Benennung zugute kommt.

(5) ¹Ist nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl zu wählen (§ 2 Abs. 1 Satz 2), wird die Stimme für die zu wählenden einzelnen Bewerber oder Bewerberinnen abgegeben. ²Jede wahlberechtigte Person hat so viele Stimmen, wie für ihre Gruppe in das jeweilige Organ Vertreter oder Vertreterinnen zu wählen sind. ³Sie kann Bewerbern oder Bewerberinnen innerhalb der ihr zustehenden Stimmenzahl jeweils bis zu drei Stimmen geben (Häufelung). ⁴Die wahlberechtigte Person gibt ihre Stimme in der Weise ab, dass sie durch ein Kreuz oder auf andere Weise eindeutig auf dem Stimmzettel erkennbar macht, wen sie wählt; will sie häufeln, gilt Abs. 4 Satz 4 Halbsatz 2. ⁵Verzichtet die wahlberechtigte Person weniger Stimmen als ihr insgesamt zustehen, verzichtet sie auf ihre weiteren Stimmen.

(6) ¹Vor Einwurf des gefalteten Stimmzettels in die Urne ist festzustellen, ob die wahlberechtigte Person im Wählerverzeichnis eingetragen ist; sie hat sich auf Verlangen über ihre Person auszuweisen. ²Ist die wahlberechtigte Person im Wählerverzeichnis eingetragen, gibt der Wahlvorstand die Wahlurne frei; die wahlberechtigte Person wirft den gefalteten Stimmzettel in die Wahlurne. ³Die Stimmabgabe ist im Wählerverzeichnis zu vermerken.

(7) ¹Wird die Wahlhandlung unterbrochen oder das Wahlergebnis nicht unmittelbar nach Abschluss der Stimmabgabe festgestellt, hat der Wahlvorstand für die Zwischenzeit die Wahlurne so zu verschließen und aufzubewahren, dass der Einwurf oder die Entnahme von Stimmzetteln ohne Beschädigung des Verschlusses unmöglich ist. ²Bei Wiedereröffnung der Wahl oder bei Entnahme der Stimmzettel zur Stimmzählung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, dass der Verschluss unversehrt ist.

(8) ¹Nach Ablauf der für die Stimmabgabe festgesetzten Zeit dürfen nur noch die Wahlberechtigten abstimmen, die sich in diesem Zeitpunkt im Wahlraum befinden. ²Nach Stimmabgabe durch die anwesenden Wähler und Wählerinnen erklärt der Wahlvorstand am letzten Wahltag die Wahl für beendet.

§ 12

Briefwahl

(1) Die Stimmabgabe ist auch in der Form der Briefwahl zulässig.

(2) ¹Wahlberechtigte, die eine Stimmabgabe in der Form der Briefwahl beabsichtigen, haben beim Wahlleiter oder bei der Wahlleiterin schriftlich die Übersendung oder Aushändigung der Wahlunterlagen (Stimmzettel, Wahlumschläge und freigemachten Briefwahlumschlag, der die Anschrift des Wahlleiters oder der Wahlleiterin und als Absender den Namen und die Anschrift der wahlberechtigten Person sowie den Vermerk „Schriftliche Stimmabgabe“ trägt) zu beantragen; der eigenhändig unterzeichnete Antrag muss spätestens am 14. Tag vor Beginn der Wahl beim Wahlleiter oder bei der Wahlleiterin eingehen; bei persönlicher Entgegennahme der Wahlunterlagen können Anträge auf Briefwahl bis sieben Tage vor der Wahl gestellt werden. ²Der Wahlleiter oder die

Wahlleiterin sendet den Wahlberechtigten unverzüglich nach Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge die Wahlunterlagen zu oder händigt sie aus. ³Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin hat die Übersendung oder Aushändigung im Wählerverzeichnis zu vermerken; Wahlberechtigte, bei denen im Wählerverzeichnis die Übersendung oder Aushändigung der Briefwahlunterlagen vermerkt ist, können ihre Stimme nur durch Briefwahl abgeben. ⁴Das Formerfordernis nach Satz 1 gilt auch durch Telegramm, Fernschreiben, Telefax, E-Mail oder durch sonstige dokumentierbare Übermittlung in elektronischer Form als gewahrt.

(3) ¹Die Briefwähler und Briefwählerinnen haben dem Wahlleiter oder der Wahlleiterin in verschlossenem Briefwahlumschlag die in den Wahlumschlägen eingeschlossenen Stimmzettel so rechtzeitig zu übersenden oder zu übergeben, dass der Wahlbrief spätestens vor Ablauf der für die Stimmabgabe festgesetzten Zeit dem Wahlleiter oder der Wahlleiterin zugeht. ²Dem Wahlleiter oder der Wahlleiterin nach diesem Zeitpunkt zugehende Briefwahlumschläge gelten nicht als Stimmabgabe. ³Für die Stimmabgabe in der Form der Briefwahl gelten im Übrigen § 11 Abs. 4 und 5 entsprechend.

(4) ¹Spätestens nach Abschluss der Stimmabgabe werden den rechtzeitig eingegangenen Briefwahlumschlägen die Wahlumschläge entnommen und nach Vermerk der Stimmabgabe im Wählerverzeichnis in die Wahlurne gelegt. ²Die den Wahlumschlägen entnommenen Stimmzettel sind vor Beginn der Auszählung – unter Wahrung des Wahlgeheimnisses – mit den übrigen Stimmzetteln zu vermischen.

§ 13

Auszählung

(1) Unverzüglich nach Beendigung der Stimmabgabe ist die Auszählung der abgegebenen Stimmen vorzunehmen; sie soll spätestens am siebten Tag nach Beendigung der Stimmabgabe abgeschlossen werden.

(2) ¹Nach Öffnung der Wahlurnen werden die Stimmzettel auf ihre Gültigkeit geprüft. ²Ein abgegebener Stimmzettel ist ungültig,

1. wenn er keinen Bewerber oder keine Bewerberin oder keinen Wahlvorschlag kennzeichnet,
2. wenn er als nichtamtlich erkennbar ist,
3. wenn die Stimmabgabe bei Briefwahl nicht entsprechend § 12 Abs. 3 Satz 1 erfolgt ist,
4. wenn der Stimmzettel einen Zusatz, der nicht der Kennzeichnung der gewählten Bewerber und Bewerberinnen oder des gewählten Wahlvorschlags dient, oder einen Vorbehalt enthält,
5. soweit für einen Bewerber oder eine Bewerberin mehr als drei Stimmen abgegeben wurden, hinsichtlich der weiteren Stimmen für den Bewerber oder die Bewerberin,
6. wenn die der wahlberechtigten Person zur Verfügung stehende Stimmenzahl auch nach Abzug der nach Nr. 5 ungültigen Stimmen überschritten wurde,

7. wenn bei Listenwahl mehr als ein Wahlvorschlag gekennzeichnet ist oder Bewerber oder Bewerberinnen aus mehr als einem Wahlvorschlag gekennzeichnet sind,

8. wenn aus dem Stimmzettel der Wille der wahlberechtigten Person nicht zweifelsfrei erkennbar ist.

(3) Bei Zweifeln über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Stimmabgabe entscheidet der Wahlausschuss.

(4) Die auf jeden einzelnen Bewerber und jede einzelne Bewerberin, bei Listenwahl darüber hinaus die auf jeden Wahlvorschlag entfallenden gültigen Stimmen werden zusammengezählt.

§ 14

Feststellung des Wahlergebnisses

(1) ¹Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin stellt nach Auszählung der Stimmen für jede Wahl und jede Gruppe die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel, die Zahl der ungültigen Stimmzettel sowie die Zahlen der gültigen Stimmzettel, die auf die einzelnen Wahlvorschläge, und die Zahlen der gültigen Stimmen, die auf die einzelnen Bewerber und Bewerberinnen entfallen sind, fest. ²Er oder sie stellt weiter die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Wahlvorschläge, die gewählten Bewerber und Bewerberinnen sowie die Reihenfolge der Ersatzvertreter und Ersatzvertreterinnen nach Maßgabe des Abs. 5 fest. ³Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin gibt das festgestellte Wahlergebnis durch Anschlag an den für amtliche öffentliche Bekanntmachungen bestimmten Stellen oder in sonst geeigneter Weise öffentlich bekannt. ⁴Er oder sie hat es von Amts wegen zu berichtigen, wenn innerhalb von vier Monaten nach der Feststellung Schreibfehler, Rechenfehler und ähnliche Unrichtigkeiten bekannt werden.

(2) ¹Die Zuteilung der auf die einzelnen Wahlvorschläge der Gruppen entfallenden Sitze erfolgt nach dem Höchstzahlverfahren (d'Hondt). ²Die Zahlen der gültigen Stimmzettel, die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallen sind, werden nacheinander solange durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt, bis so viele Höchstzahlen ermittelt sind, als Sitze zu vergeben sind. ³Jedem Wahlvorschlag wird dabei der Reihe nach so oft ein Sitz angerechnet, als er jeweils die höchste Teilungszahl aufweist.

(3) ¹Entfallen auf einen Wahlvorschlag nach den Höchstzahlen mehr Sitze als Bewerber und Bewerberinnen genannt sind, fallen die restlichen Sitze den übrigen Wahlvorschlägen in der Reihenfolge der nächsten Höchstzahlen zu. ²Liegen für die Zuteilung des letzten Sitzes in einer Gruppe die gleichen Höchstzahlen vor, entscheidet das von einem Mitglied des Wahlausschusses zu ziehende Los. ³Wahlvorschlägen, auf die keine Stimmen entfallen sind, kann kein Sitz zugeteilt werden.

(4) ¹Innerhalb der Wahlvorschläge sind die Sitze den darin aufgeführten Bewerbern und Bewerberinnen in der Reihenfolge ihrer Stimmenzahlen zuzuteilen. ²Haben mehrere Bewerber und Bewerberinnen die gleiche Stimmenzahl erhalten, entscheidet die Reihenfolge der Benennung der Bewerber und

Bewerberinnen (§ 8 Abs. 2) über die Zuweisung des Sitzes.

(5) ¹Die nicht gewählten Bewerber und Bewerberinnen eines Wahlvorschlags sind in der Reihenfolge des Abs. 4 Ersatzvertreter und Ersatzvertreterinnen für die auf diesen Wahlvorschlag entfallenden Sitze. ²Sind für einen Wahlvorschlag Ersatzvertreter oder Ersatzvertreterinnen nicht oder nicht mehr vorhanden, bestimmt sich der Ersatzvertreter oder die Ersatzvertreterin in entsprechender Anwendung des Abs. 3; bei Feststellung des Wahlergebnisses genügt ein Hinweis auf diese Regelung.

(6) ¹Bei Personenwahl sind abweichend von den Abs. 2 bis 5 die Personen gewählt, die die höchste Stimmenzahl erhielten. ²Bei Stimmengleichheit entscheidet das von einem Mitglied des Wahlausschusses zu ziehende Los. ³Die Nichtgewählten sind in der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl Ersatzvertreter und Ersatzvertreterinnen; bei Stimmengleichheit entscheidet das von einem Mitglied des Wahlausschusses zu ziehende Los über die Reihenfolge; Personen, die keine Stimme erhalten haben, sind nicht Ersatzvertreter und Ersatzvertreterinnen.

(7) In den Fällen des Art. 25 Abs. 1 Satz 2 BayHSchG gelten die Abs. 2 bis 5 entsprechend.

(8) ¹Entfallen auf Vertreter und Vertreterinnen im Senat nach § 2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 aus einer Fakultät mehr als zwei Sitze und ist die Hochschule in mindestens drei Fakultäten gegliedert (Art. 25 Abs. 1 Satz 3 BayHSchG), werden die über die Zahl zwei hinausgehenden weiteren Sitze denjenigen Bewerbern und Bewerberinnen anderer Fakultäten zugeteilt, auf die nach Maßgabe der Abs. 2 bis 5 die weiteren Sitze entfallen würden. ²Maßgebend ist die Zahl der Fakultäten am Tag vor Erlass des Wahlausschreibens.

§ 15

Wahlniederschrift; Aufbewahrung von Wahlunterlagen

(1) ¹Über die Verhandlungen des Wahlausschusses und seine Beschlüsse sowie über die Wahlhandlung und die Tätigkeit der Wahlvorstände sind Niederschriften zu fertigen. ²Die Niederschriften über die Tätigkeit der Wahlvorstände werden von den Mitgliedern des jeweiligen Wahlvorstands, die übrigen vom Vorsitzenden oder von der Vorsitzenden des Wahlausschusses unterzeichnet.

(2) Die Wahlniederschriften sollen insbesondere den Gang der Wahlhandlung aufzeichnen, das Wahlergebnis festhalten und besondere Vorkommnisse vermerken.

(3) Die Stimmzettel und Wahlniederschriften sind bis zum Ablauf der Amtszeit der gewählten Vertreter und Vertreterinnen aufzubewahren.

§ 16

Annahme der Wahl

(1) ¹Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin hat die Gewählten unverzüglich von ihrer Wahl schriftlich

gegen Nachweis zu verständigen. ²Die Wahl ist angenommen, wenn nicht spätestens am dritten Tag nach Zugang der Benachrichtigung dem Wahlleiter oder der Wahlleiterin eine schriftliche Ablehnung der Wahl aus wichtigem Grund (Art. 18 Abs. 1 Satz 3 BayHSchG) vorliegt. ³Ob ein wichtiger Grund für die Ablehnung der Wahl vorliegt, entscheidet der Wahlausschuss in der Zusammensetzung nach § 18 Abs. 4.

(2) ¹Nach Annahme der Wahl können die Gewählten von ihrem Amt nur zurücktreten, wenn der Ausübung des Amtes wichtige Gründe entgegenstehen. ²Ob wichtige Gründe vorliegen, entscheidet die Hochschulleitung.

§ 17

Nachrücken von Ersatzvertretern und Ersatzvertreterinnen

(1) ¹Wird die Wahl von einer gewählten Person rechtswirksam nicht angenommen, rückt der Ersatzvertreter oder die Ersatzvertreterin nach, der oder die gemäß § 14 Abs. 5 oder Abs. 6 Satz 3 in der Reihenfolge der Ersatzvertreter und Ersatzvertreterinnen der oder die Nächste ist. ²Sind Ersatzvertreter oder Ersatzvertreterinnen nicht vorhanden, bleibt der betreffende Sitz unbesetzt; eine Ergänzungswahl findet nicht statt.

(2) ¹Scheidet ein gewählter Vertreter oder eine gewählte Vertreterin aus, gelten Abs. 1 und § 16 entsprechend; Art. 40 Abs. 1 Satz 2 BayHSchG bleibt unberührt. ²Die Entscheidung nach § 16 Abs. 1 Satz 3 trifft die Hochschulleitung.

§ 18

Wahlprüfung

(1) Jede wahlberechtigte Person kann nach der Feststellung und Bekanntgabe des Wahlergebnisses die Wahl in ihrer Gruppe innerhalb von sieben Tagen unter Angabe von Gründen anfechten; die Anfechtung erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Wahlleiter oder der Wahlleiterin.

(2) Die Anfechtung ist begründet, wenn wesentliche Vorschriften über das Wahlrecht, die Wählbarkeit oder das Wahlverfahren verletzt worden sind und diese Verletzung zu einer fehlerhaften Sitzverteilung geführt hat oder hätte führen können.

(3) Eine Anfechtung der Wahl mit der Begründung, dass eine wahlberechtigte Person an der Ausübung ihres Wahlrechts gehindert gewesen sei, weil sie nicht oder nicht mit der richtigen Gruppenzugehörigkeit in das Wählerverzeichnis eingetragen wurde, oder dass eine Person an der Wahl teilgenommen habe, die zwar in das Wählerverzeichnis eingetragen, aber nicht wahlberechtigt war, ist nicht zulässig.

(4) ¹Über die Anfechtung entscheidet der Wahlausschuss unter stimmberechtigter Mitwirkung des Wahlleiters oder der Wahlleiterin als Vorsitzendem oder Vorsitzender mit der Mehrheit seiner Mitglieder. ²Der Beschluss ist schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und der Antragstellenden sowie der unmittelbar betroffenen Person

zuzustellen. ³Ist die Anfechtung begründet, hat der Wahlausschuss entweder das Wahlergebnis bei fehlerhafter Auszählung zu berichtigen oder die Wahl in dem erforderlichen Umfang für ungültig zu erklären und insoweit eine Wiederholungswahl anzuordnen; vorbehaltlich einer anderweitigen Entscheidung im Wahlprüfungsverfahren wird bei der Wiederholungswahl nach denselben Vorschlägen und auf Grund desselben Wählerverzeichnisses gewählt wie bei der für ungültig erklärten Wahl; wirkt sich ein Verstoß für die Sitzverteilung nur in einer Gruppe aus, ist nur diese Wahl für ungültig zu erklären und zu wiederholen. ⁴Eine Wiederholung der Wahl ist unverzüglich durchzuführen. ⁵Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin legt den Wahltermin und die Zeit der Stimmabgabe fest. ⁶§ 7 Abs. 2 Satz 1 gilt für Wiederholungswahlen nicht.

§ 19

Fristen

(1) ¹Soweit für die Stellung von Anträgen oder die Einreichung von Vorschlägen die Wahrung einer Frist vorgeschrieben ist, läuft die Frist am letzten Tag um 16.00 Uhr ab. ²§ 12 Abs. 3 bleibt unberührt.

(2) Die in § 4 Abs. 4 und 5, § 8 Abs. 10, § 12 Abs. 2, § 16 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 genannten Fristen sind Ausschlussfristen.

Abschnitt II

Bestimmungen für die Wahl der weiteren Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden im studentischen Konvent (Art. 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayHSchG)

§ 20

Wahlrechtsgrundsätze; Wahlberechtigung und Wählbarkeit

(1) ¹Die weiteren Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden im studentischen Konvent, deren Zahl der Mitglieder des Fachschaftenrats entspricht (Art. 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und Satz 2 BayHSchG) oder in der Grundordnung festgelegt ist (Art. 52 Abs. 2 Satz 4 BayHSchG), werden aus der Gesamtheit der Studierenden in gleicher, freier und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl unmittelbar gewählt (Listenwahl). ²Wird nur ein gültiger Wahlvorschlag eingereicht, erfolgt die Wahl nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl (Personenwahl). ³Eine Abwahl ist nicht zulässig.

(2) ¹Wahlberechtigt und wählbar sind alle Studierenden der Hochschule, die zum Zeitpunkt der Schließung des Wählerverzeichnisses in diesem bei der Gruppe der Studierenden eingetragen sind. ²§ 3 Abs. 4 gilt entsprechend.

§ 21

Amtszeit und Zeitpunkt der Wahl

(1) Die Amtszeit der weiteren Vertreter und Vertre-

terinnen der Studierenden im studentischen Konvent beträgt ein Jahr.

(2) ¹Die Wahl nach § 20 Abs. 1 findet zeitgleich mit den Wahlen nach Abschnitt I statt. ²§ 7 gilt entsprechend.

§ 22

Anwendbarkeit der Bestimmungen des Abschnitts I; Sonderregelungen

(1) Soweit in den Abs. 2 und 3 nichts anderes bestimmt ist, gelten für die Wahl der Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden im studentischen Konvent die §§ 2 bis 19 entsprechend.

(2) Das Wahlausschreiben nach § 6 Abs. 1 muss zusätzlich zu den in § 6 Abs. 2 Satz 1 genannten Inhalten die Zahl der zu wählenden weiteren Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden im studentischen Konvent benennen.

(3) ¹§ 8 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 finden keine Anwendung. ²Ein Wahlvorschlag muss mindestens von zehn wahlberechtigten Studierenden unterzeichnet werden.

Abschnitt III

Bestimmungen für Neuwahlen

§ 23

Anwendung von Vorschriften dieser Wahlordnung; besondere Bestimmungen über Wahltermine und Amtszeiten

(1) Die Bestimmungen dieser Wahlordnung gelten auch für Neuwahlen nach Auflösung von Senat, Fakultätsrat oder studentischem Konvent (Art. 20 Abs. 3 Satz 3 in Verbindung mit Art. 52 Abs. 6 Satz 1 BayHSchG), soweit hierfür in Abs. 2 nicht besondere Bestimmungen getroffen werden.

(2) ¹Die Vertreter und Vertreterinnen im Senat und in den Fakultätsräten sowie die weiteren Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden im studentischen Konvent werden für den Rest der Amtszeit der Vertreter und Vertreterinnen des aufgelösten Organs gewählt. ²Liegt der Zeitpunkt der Stimmabgabe für die Durchführung von Neuwahlen innerhalb der letzten sechs Monate der Amtszeit von Vertretern und

Vertreterinnen einer Gruppe des aufgelösten Organs, werden die Vertreter und Vertreterinnen dieser Gruppe in den Neuwahlen für den Rest der Amtszeit in dem aufgelösten Organ und die folgende Amtszeit gewählt; dies gilt für die Neuwahl der weiteren Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden im studentischen Konvent entsprechend. ³Der Wahlleiter legt den Wahltermin und die Zeit der Stimmabgabe fest. ⁴§ 7 Abs. 2 Satz 1 gilt für Neuwahlen nicht.

Abschnitt IV

Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 24

Übergangsbestimmungen

(1) Soweit nach Maßgabe des § 22 der Wahlordnung für die staatlichen Hochschulen (BayHSchWO) vom 15. September 1989 (GVBl S. 475, BayRS 2210-1-1-2-WFK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. Oktober 1998 (GVBl S. 896), wissenschaftliches und künstlerisches Personal einer Gruppe zugeordnet worden ist, verbleibt es dabei.

(2) Wissenschaftliche und künstlerische Assistenten, Oberassistenten und Obergeringenieure, die nach Art. 38 des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes in ihren bisherigen Dienstverhältnissen verbleiben, werden der in § 2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 genannten Gruppe zugeordnet.

§ 25

In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

¹Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2006 in Kraft. ²Mit Ablauf des 30. Juni 2006 tritt die Wahlordnung für die staatlichen Hochschulen (BayHSchWO) vom 15. September 1989 (GVBl S. 475, BayRS 2210-1-1-2-WFK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. Oktober 1998 (GVBl S. 896), außer Kraft.

München, den 16. Juni 2006

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

2232.1-UK

Schulversuch *Modularisierung in der Hauptschule*

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 15. Mai 2006 Nr. IV.2-5 S 7641- 4.40 482

Die bayerische Hauptschule bezieht ihr Selbstverständnis und ihre Bedeutung aus dem Auftrag, sich verstärkt auf die Interessenlage, die Neigungen, Fähigkeiten und Lernweisen ihrer Schülerinnen und Schüler einzustellen. Sie gestaltet die Erziehungs- und Unterrichtsarbeit so, dass je nach den Leistungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen der jeweils bestmögliche Lernerfolg und Schulabschluss erreicht wird. Dazu setzt die Hauptschule innovative Formen des Lehrens und Lernens ein und entwickelt diese stetig weiter. Ein spezifischer Ansatz, der in einem Schulversuch entwickelt und erprobt werden soll, ist die Modularisierung.

1. Ziele

Leitmotive sind zum einen die Individualisierung und Differenzierung und das Bestreben, für Schülerinnen und Schülern aller Leistungsstufen Lernangebote bereitzuhalten, sowie zum anderen die Schülerorientierung und Lebensnähe. Diese legen es nahe, dass die Themen und Lernbereiche des Unterrichts nicht ausschließlich aus den Gesetzmäßigkeiten der Fächer, sondern auch aus Lebenszusammenhängen heraus entwickelt werden. Deshalb soll in einem Schulversuch erprobt werden, ob und in welcher Form Lerninhalte nach Themen, ggf. auch fächerübergreifend in Module gefasst werden können. Auswahlkriterien der Lerninhalte sind vorrangig die Lebensbedeutsamkeit für die Kinder und Jugendlichen – insbesondere auch in der künftigen Arbeits- und Berufswelt – und ihre Bedeutsamkeit für die Progression des Lernens. Die Lernergebnisse eines Moduls sollen an den Zielen überprüft, kritisch reflektiert und in einem Zertifikat bestätigt werden.

Der Schulversuch Modularisierung soll an etwa 20 Hauptschulen in Bayern durchgeführt werden.

2. Themenfelder

Modularisiert werden können klassen- und jahrgangsstufenübergreifend Lerninhalte aus allen Fächern. In der Startphase konzentriert sich der Schulversuch auf folgende konkrete Bereiche:

- Deutsch
- Mathematik
- Musik / Kunst
- Arbeit-Wirtschaft-Technik
- soziales Lernen

3. Auftrag, Dauer des Schulversuchs

Das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung ist beauftragt, im Zusammenwirken mit den ausgewählten Schulen Konzepte der Modularisierung zu entwickeln, in der Schulpraxis zu erproben, wissenschaftlich zu begleiten, zu dokumentieren und die Grundlagen dafür zu schaffen, dass erfolgreiche Modelle in die Schulwirklichkeit übertragen werden können.

Die Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung unterstützt den Entwicklungsprozess und die Einführung an den Schulen.

Der Schulversuch beginnt mit dem Schuljahr 2006/07 und ist auf drei Jahre angelegt.

Erhard
Ministerialdirektor

KWMBI I 2006 S. 183

2230-UK

Aufgaben der Staatlichen Schulämter

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 6. Juli 2006 Nr. IV.3-5 0 7124-4.49 824

Nach Art. 111 BayEUG gehören zur staatlichen Schulaufsicht die Sicherung der Qualität von Erziehung und Unterricht, die Planung und Ordnung des Unterrichtswesens, die Förderung und Beratung der Schulen und die Aufsicht über die inneren und äußeren Schulverhältnisse sowie über die Schulleitung und das pädagogische Personal.

Die unmittelbare staatliche Schulaufsicht obliegt bei öffentlichen Volksschulen den Staatlichen Schulämtern.

Die konkreten Inhalte dieser gesetzlichen Vorgaben und deren Umsetzung wurden in den letzten Jahren im Rahmen der Maßnahmen zur Reform der Schulverwaltung, zur Qualitätssicherung und zur inneren Schulentwicklung intensiv diskutiert. Dies ist Anlass, die Aufgaben der Staatlichen Schulämter aktuell zu beschreiben.

1. Organisation des Unterrichts und der Schulen

Die Staatlichen Schulämter schaffen die personellen und organisatorischen Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Schulen in Eigenverantwortung einen geordneten und pädagogisch wirksamen Unterrichtsbetrieb sicherstellen. Sie weisen bedarfsgerecht Personal zu und entscheiden unter Beteiligung der Schulleiter über die Klassenbildung. Bei der Lehrerstundenzuweisung berücksichtigen sie den besonderen Bedarf der Schulen und achten auf möglichst vergleichbare Lernbedingungen der Schulen im Schulaufsichtsbezirk.

Für den Vertretungsunterricht während des Schuljahres setzen die Staatlichen Schulämter Lehrkräfte ein und entscheiden bedarfsgerecht über deren Einsatzschulen.

In Abstimmung mit den Religionsgemeinschaften stellen die Staatlichen Schulämter den Religionsunterricht sicher. Sie richten schulübergreifende Klassen und Gruppen (z.B. P-Klassen, M-Klassen, Vorkurse) ein und koordinieren die Zusammenarbeit der Schulen (z.B. bei Außenklassen).

Nach Maßgabe des Art. 43, Abs. 2 und 3 BayEUG weisen die Staatlichen Schulämter Schüler anderen Volksschulen zu. Gegebenenfalls entscheiden sie mit dem Ziel einer effizienten individuellen Förderung auch über die Überweisung von Schülern an Förderschulen.

Um eine schulfachlich sinnvolle und effiziente Schulorganisation sicherzustellen, bereiten die Staatlichen Schulämter Sprengeländerungen im Auftrag der Regierungen vor und unterstützen in Fragen des Schulraumangebotes die Schulen bei Verhandlungen mit den Sachaufwandsträgern.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben arbeiten die Staatlichen Schulämter eng mit den Regierungen und den Schulleitern zusammen. Sie führen in regelmäßigen Abständen Planungsgespräche mit Schulleitern und führen die erforderlichen Erhebungen durch.

2. Personalmanagement und Personalförderung

Neben einer bedarfsgerechten Personalzuweisung stellen die Staatlichen Schulämter auch eine nachhaltige Professionalisierung und die berufliche Weiterentwicklung der Lehrkräfte sicher. Diese Aufgabe erfüllen sie in konstruktiver und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Schulleitungen.

Im Bereich der Lehrerbildung bestellen sie geeignete Praktikums- und Betreuungslehrer und beteiligen sich an der Durchführung der 2. Lehramtsprüfungen. Vom Zeitpunkt der Einstellung an fördern die Staatlichen Schulämter über entsprechende Maßnahmen der Schulleitung hinaus das schulische Personal. Sie erarbeiten ein systemati-

sches Konzept zur Nachwuchsförderung, setzen Lehrkräfte für besondere Aufgaben ein, schaffen geeignete Bewährungsfelder und unterstützen besonders Lehrkräfte, die eine neue Funktion übernommen haben. Sie entsenden bedarfs- und potentialgerecht Lehrkräfte zu entsprechenden Fort- und Weiterbildungen. Eine in diesem Sinne gestaltete Personalentwicklung berücksichtigt konsequent und systematisch den Bedarf an zu besetzenden Funktionsstellen.

Die Staatlichen Schulämter erstellen die dienstlichen Beurteilungen für Funktionsinhaber gemäß den geltenden Richtlinien, sind beteiligt an den Probezeitbeurteilungen und an den Verwendungsaussagen im Blick auf neue Funktionen für Lehrkräfte und geben Stellungnahmen zu Bewerbungen um Funktionsstellen ab.

Die Staatlichen Schulämter achten bei der dienstlichen Beurteilung auf vergleichbare Bewertungsmaßstäbe und informieren sich aufgrund der Leistungsberichte der Schulleiter über den Leistungsstand der Lehrkräfte und Schulen.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist es notwendig, in regelmäßigen Abständen mit den Schulleitern Mitarbeitergespräche zu führen sowie bedarfsgerechte Fortbildungskonzepte zu erstellen und diese mit den Schulen abzustimmen.

3. Qualitätssicherung von Unterricht und Erziehung

Unterricht und Erziehung als schulische Kernaufgaben sind im besonderen Blick der Schulaufsicht. Dabei geht es unter Wahrung der Eigenverantwortung der Lehrkräfte und Schulen im Sinne von Chancengerechtigkeit um qualitativ vollen Unterricht, vergleichbare Standards bei der Leistungsfeststellung und -bewertung, effiziente Verwendung der Lehrerstunden sowie um intensive und stetige Erziehungsarbeit an den Schulen.

Die Staatlichen Schulämter sind Gestaltungsinstanz für eine systematische Anlage der Qualitätssicherungsprozesse an den Schulen ihres Bezirks. Sie unterstützen die Schulleitungen bei ihren Maßnahmen für einen pädagogisch, didaktisch und methodisch hochwertigen Unterricht und eine nachhaltige Erziehung und fördern die Einrichtung schulischer Betreuungsangebote (z.B. Mittagsbetreuung, Ganztagschulen).

Die Schulräte machen sich durch Besuche an den Schulen ein konkretes Bild von den schul- und unterrichtsbezogenen Prozessen. Sie analysieren und erörtern mit den Schulen die Ergebnisse ihrer Beobachtungen, der schulübergreifenden Leistungsfeststellungen (z.B. Vergleichsarbeiten, Abschlussprüfungen), der Daten zu Schullaufbahnen (z.B. Wiederholer, Abschlüsse) und vereinbaren mit den Schulen gegebenenfalls Zielsetzungen zur Optimierung.

Sie stellen die Durchführung interner Evaluationen an den Schulen sicher. Im Rahmen der externen Evaluation leiten sie gemeinsam mit den Schulleitungen entsprechende Zielvereinbarungen aus den Evaluationsberichten ab, bei deren Erfüllung

sie die Schulen bedarfsgerecht und kontinuierlich unterstützen.

Geeignete Maßnahmen eines kontinuierlichen Optimierungsprozesses sind die bedarfsorientierte Fortbildung der Lehrkräfte, der gezielte Einsatz der Fachberater, Gespräche und Beratungen mit den Lehrkräften, Zielvereinbarungen und der Aufbau einer systematischen Feed-back-Kultur.

Die Staatlichen Schulämter informieren und beraten im Sinn der Qualitätssicherung auch übergeordnete Stellen und verfassen zu diesem Zweck Stellungnahmen und Konzepte, die die konkreten Kenntnisse und Erfahrungen vor Ort einbeziehen.

4. Systemische Beratung, Kooperation und Vernetzung

Die Beratung der Schulen betrifft den weiten Bereich des Unterrichts und der Erziehung, aber auch schul- und dienstrechtliche Fragestellungen, Verwaltungs- und Organisationsabläufe an Schulen, das Zusammenwirken der Lehrkräfte innerhalb der Schulen und die Zusammenarbeit mit den Elternvertretungen, den Sachaufwandsträgern und weiteren Bezugspartnern der Schule. Ziel dieser grundsätzlich systemischen Beratung ist es, die positive Selbstwirksamkeit der Schulen zu stärken.

Die Staatlichen Schulämter verstärken und begleiten vielversprechende Initiativen an Schulen, greifen Fehlentwicklungen auf und arbeiten präventiv mit den Schulen an sich abzeichnenden Problemen zusammen. Sie fördern die innere Schulentwicklung und sorgen für die Übertragung wertvoller best-practice-Beispiele auf andere Schulen.

Die Staatlichen Schulämter informieren die Schulen über Innovationen der Staatsregierung im schulischen Bereich (z.B. Schulversuche) oder neue Akzentsetzungen in der Erziehung und dem Unterricht. Sie wirken hierbei auch koordinierend und begleiten die Schulen bei der Umsetzung dieser Innovationen. Sie machen fachliche und rechtliche Neuerungen möglichst transparent und bemühen sich um Akzeptanz bei den Betroffenen.

Die Staatlichen Schulämter initiieren und fördern auch die Kommunikation und Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, den Schulaufwandsträgern, anderen Schulen, insbesondere den Förderschulen, und weiteren schulischen Bezugspartnern, wie z.B. Kindertagesstätten, anderen Betreuungseinrichtungen und Ausbildungsbetrieben. Informations- und Ratsuchende erhalten entsprechende Auskunft und Hilfe bzw. Aufklärung über zuständige Stellen oder weitere Dienste. Sie stellen zusammen mit den Schulen deren Arbeit in der Öffentlichkeit dar.

Die Staatlichen Schulämter führen schulübergreifend und schulbezogenen Beratungen mit Einzelnen oder Gruppen oder mit der Schule insgesamt durch. Sie vermitteln, beraten und entscheiden bei personellen und pädagogischen Konflikten. Sie setzen hierzu auch die Beratungsdienste ein, z.B. Fachberater und Fachbetreuer, Schulpsychologen, Beratungslehrkräfte und sonstige Experten.

Sie vernetzen die Schulen miteinander, veröffentlichen die im Schulamtsbezirk zur Verfügung stehenden Unterstützungssysteme und organisieren für schulübergreifende Themen Fort- und Weiterbildungen für Schulleiter und Lehrkräfte bzw. richten hierfür Arbeitsgruppen aus Lehrkräften und ggf. schulischen Bezugspartnern ein.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben führen die Staatlichen Schulämter Dienstbesprechungen und Beratungsgespräche durch, bauen Vernetzungs- und Kommunikationsstrukturen zwischen den Schulen und außerschulischen Unterstützungssystemen auf und stellen Informationen für Eltern sowie Lehrkräfte zur Verfügung.

Sie informieren in regelmäßigen Abständen den rechtlichen Leiter über wesentliche Neuerungen, insbesondere im Bereich der Schulorganisation und personeller Änderungen.

5. Dienstrechtliche Aufgaben

Die Schulräte nehmen auch Zuständigkeiten eines Dienstvorgesetzten der Lehrkräfte und Schulleiter wahr. Sie führen Versetzungen und Abordnungen in ihrem Schulamtsbezirk durch und pflegen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Personalvertretung. Im Rahmen der bestehenden Vorgaben sind sie zuständig für die Genehmigung von Dienstbefreiungen und Dienstreisen. Sie sind verantwortlich für den sachgerechten Vollzug der Vergabe von Prämien und Zulagen. Die Staatlichen Schulämter achten auf die Einhaltung von amtlichen Vorgaben und die systematische Umsetzung von mit den Schulen vereinbarten Zielen. Im Interesse des Anspruchs der Schüler auf einen lehrplangemäßen Unterricht überprüfen sie Beschwerden und unterstützen Lehrkräfte bei der Bewältigung unterrichtlicher und erzieherischer Probleme durch gezielte Maßnahmen. Die Staatlichen Schulämter stellen darüber hinaus die Einhaltung der dienst- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen sicher, soweit diese Aufgaben nicht im Rahmen ihrer Zuständigkeit von den Schulleitungen wahrgenommen werden.

6. Öffentlichkeitsarbeit

Die Staatlichen Schulämter verstehen sich als Vermittler zwischen verschiedenen Interessensgruppen wie Elternschaft, Sachaufwandsträger und Lehrerkollegien. Um diese Aufgabe möglichst konfliktfrei zu erfüllen, ist ein regelmäßiger und intensiver Informationsaustausch zwischen allen an Schule Beteiligten notwendig.

Die Staatlichen Schulämter informieren die Öffentlichkeit auch über besondere Leistungen der Schulen, über Wettbewerbe und besondere Aktionen. Sie führen bei entsprechenden Anlässen (z.B. Besonderheiten in der Klassenbildung, Schulversuche) Veranstaltungen durch und stellen Innovationen gemeinsam mit den Schulleitungen auch der Öffentlichkeit und der Presse gegenüber dar.

7. Verwaltungsmanagement

Im gesamten Verwaltungsbereich sind die modernen Wege der Kommunikation und der Datenverarbeitung zu nutzen.

Die kontinuierliche Pflege der an den Schulämtern notwendigen Daten ist unabdingbare Grundlage für eine fachgerechte und effiziente Verwaltung und Gestaltung des Schul- und Unterrichtswesens.

Die Schulämter legen Fachstatistiken an, schreiben diese fort und analysieren Langzeitentwicklungen, um diese für ihre pädagogischen und organisatorischen Aufgaben zu nutzen. Sie unterstützen die Schulleitungen bei der Handhabung der Schulverwaltungsprogramme.

Dr. Berggreen-Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBI I 2006 S. 183

223011.124-UK

**Rahmenvereinbarung über Richtlinien
für die Zusammenarbeit von Schule und
Berufsberatung in Bayern**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 18. Juli 2006 Nr. III.6-5 S 5305.15-6.64 975

**1. Richtlinien für die Zusammenarbeit von Schule
und Berufsberatung**

Die Bundesagentur für Arbeit – Regionaldirektion Bayern, das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, das Staatsministerium für Unterricht und Kultus haben am 24. April 2006 eine Rahmenvereinbarung über Richtlinien für die Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung in Bayern geschlossen. Diese Rahmenvereinbarung wird im Anhang wiedergegeben. Die in der Rahmenvereinbarung geschlossenen Richtlinien sind von der Schule zu beachten.

2. Geltungsbereich

Diese Bekanntmachung gilt für die staatlichen Schulen. Den nichtstaatlichen Schulen wird empfohlen, nach dieser Bekanntmachung zu verfahren.

3. In-Kraft-Treten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. September 2006 in Kraft. Die Bekanntmachung vom 8. Dezember 1972 (KMBI 1973 S.137) wird aufgehoben

Erhard
Ministerialdirektor

KWMBI I 2006 S. 186

Vereinbarung über Richtlinien für die Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung in Bayern

Auf der Grundlage der von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesagentur für Arbeit am 15. Oktober 2004 beschlossenen Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung sind zwischen dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen und der Bundesagentur für Arbeit, vertreten durch den Vorsitzenden der Geschäftsführung der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, folgende Richtlinien für die Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung vereinbart worden, die hiermit bekannt gegeben werden:

A. Grundsätze

1. Allgemeine und berufliche Bildung, Schule, Betrieb und Beruf, Gesellschaft und Wirtschaft stehen in engem Bezug zueinander. Daraus ergibt sich für Schule und Berufsberatung die Notwendigkeit der Zusammenarbeit. Die Zusammenarbeit der beiden Hauptakteure Schule und Bundesagentur für Arbeit hat im Arbeitsfeld der Berufsberatung eine lange Tradition. Durch die Veränderungen in Gesellschaft und Arbeitswelt wird es zunehmend erforderlich, eng mit der Jugendhilfe, insbesondere mit den Trägern der Jugendsozialarbeit an Schulen und der Berufsbezogenen Jugendhilfe zusammenzuarbeiten. Dies wurde in den Beschlüssen der Jugendministerkonferenz und der Kultusministerkonferenz über die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe vom 13./14. Mai 2004 und 3./4. Juni 2005 festgelegt.

Bei der gemeinsamen Aufgabenstellung wird der Gleichstellung der Geschlechter, dem besonderen Förderbedarf von benachteiligten Jugendlichen, von jungen Menschen mit Behinderung und von Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine große Bedeutung beigemessen. Vor dem Hintergrund deutlich veränderter Rahmenbedingungen der Berufswahl und des Übergangs von der Schule in den Beruf soll die Einbeziehung der Wirtschaft und weiterer regionaler Akteure beibehalten und ausgebaut werden.

2. Ziel des Zusammenwirkens ist es, den jungen Menschen zu befähigen, sein Grundrecht auf freie Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte bewusst wahrzunehmen sowie eine selbstständige und eigenverantwortliche Berufswahl zu treffen. Grundlage hierfür ist die Vermittlung von Berufswahl- und Entscheidungskompetenzen sowie eines vertieften Einblicks in die Welt der Berufe, in berufliche Anforderungsprofile und in das aktuelle regionale und überregionale Ausbildungs- und Arbeitsmarktangebot. Ziel ist es weiterhin, allen jungen Menschen einen Schulabschluss zu ermöglichen. Gleichzeitig müssen – zur Vermeidung von nachschulischem Förderbedarf und von hohen Integrationskosten für die Gesellschaft und den Einzelnen – den jungen Menschen die Notwendigkeit von lebensbegleitendem Lernen und beruflicher, regionaler, teilweiser transnationaler Mobilität transparent gemacht sowie die gestiegenen Qualifikationsanforderungen des Beschäftigungssystems verdeutlicht werden.
3. Die gemeinsame Berufswahlvorbereitung von Schule, Berufsberatung, Wirtschaft und weiteren regionalen Akteuren muss frühzeitig einsetzen, in der Regel zwei Jahre vor der Schulentlassung, um junge Menschen zu befähigen, am Ende ihrer Schullaufbahn eigenverantwortlich und selbstbestimmt eine tragfähige Berufswahlentscheidung zu fällen. Die Arbeit baut auf der im Laufe der gesamten Schulzeit geleisteten fächerübergreifenden und fachspezifischen berufswahlrelevanten Vorbereitung auf.
4. Eine wirkungsvolle Zusammenarbeit bedarf auf allen Ebenen des steten Austausches von Informationen über Angelegenheiten von gemeinsamem Belang. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen und die Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit unterrichten sich gegenseitig über Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse und ihre Erfahrungen mit der Umsetzung dieser Vereinbarung. Als Forum hierfür dient unter anderem der „Arbeitskreis der Bayerischen Staatsregierung und der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit“. Bei Regelungen von grundsätzlich gemeinsamer Bedeutung streben sie eine rechtzeitige Abstimmung an. Entsprechende Bekanntmachungen bzw. Dienstanweisungen werden ausgetauscht.

Der Aufbau von regionalen Netzwerken aller Akteure des Betätigungsfelds „Berufswahlvorbereitung“ (z.B. Schule, Hochschule, Berufsberatung, Wirtschaft, Kammern, Sozialpartner, Einrichtungen und Dienste der Kinder- und Jugendhilfe, Träger nach dem SGB II) ist zu betreiben. Ansprechpartner hierfür sind seitens der Schule die Beratungslehrkräfte und die Schulberatungsstellen, von Seiten der Berufsberatung die örtlichen Agenturen für Arbeit.

Zur Erweiterung des Angebots an Ausbildungsmöglichkeiten erarbeitet die Berufsberatung mit den regionalen Partnern am Ausbildungsmarkt Ansätze und Konzepte, z.B. zu Verbundausbildungen. Dabei steht unter anderem die gezielte Gewinnung von Ausbildungsplätzen in Berufen im Vordergrund, in denen es einen besonders großen Bedarf an qualifizierten Kräften gibt und zukünftig geben wird.

B. Aufgaben der Berufsberatung in der Zusammenarbeit mit der Schule

1. Berufsberatung und Vermittlung in berufliche Ausbildungs- und Arbeitsstellen werden nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Drittes Buch (III) – Arbeitsförderung – durch die örtlichen Agenturen für Arbeit der Bundesagentur für Arbeit angeboten. Für junge Menschen aus Bedarfsgemeinschaften nach dem Sozi-

algesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende – ist nach § 22 Abs. 4 SGB III und § 16 Abs. 1 SGB II Sorge zu tragen, dass Vermittlungsleistungen durch die zuständigen Träger (ARGE, Agentur für Arbeit bei getrennter Aufgabenwahrnehmung, optierende Kommune) erbracht werden. Berufsberatung obliegt auch in Bezug auf SGB II – Hilfeempfänger der Bundesagentur für Arbeit.

2. Grundlage für die Berufswahlvorbereitung durch die Berufsberatung sind u.a. Ergebnisse und Erkenntnisse der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie der Berufsbildungsforschung. Die Berufsberatung stellt die Lage und Entwicklung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und in den einzelnen Berufen sachgerecht, objektiv und möglichst umfassend dar. Sie berücksichtigt dabei erkennbare Trends und informiert über alle Möglichkeiten der betrieblichen sowie schulischen Aus- und Weiterbildung.
3. Vorrangiges Ziel der Berufsberatung ist es, junge Menschen zu einer fundierten und selbstständigen Ausbildungs-, Berufs- und Studienentscheidung zu führen. Die realistische Einschätzung des eigenen Interessens- und Fähigkeitsprofils sowie die Erarbeitung von Entscheidungs- und Handlungsstrategien sind Voraussetzung hierfür.
4. Die Berufsberatung wendet sich im Rahmen ihres Orientierungsangebots rechtzeitig vor der Berufswahl an die Schüler und Schülerinnen aller Schulen und Jahrgangsstufen, für die das Thema Berufswahl relevant ist. Angesichts eines steigenden Bedarfs an akademischen Fachkräften gehören dazu auch Information und Beratung hinsichtlich einer möglichen Studienwahl.
5. Im Rahmen der Berufsorientierung führt die Berufsberatung für Schüler und Schülerinnen insbesondere Vorträge in Schulklassen, berufs- und studienkundliche Vortragsreihen, Gespräche mit Kleingruppen, Gruppenberatungen und Seminare durch. Sie informiert hierbei über die Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt sowie die Möglichkeiten des regionalen/überregionalen Ausbildungs- und Beschäftigungsmarktes und weist auf die Fördermöglichkeiten der beruflichen Ausbildung sowie die berufsvorbereitenden Bildungsangebote der Schule und der Bundesagentur für Arbeit hin. Soweit diese Veranstaltungen in der Schule oder in Zusammenarbeit mit der Schule oder der Jugendsozialarbeit an der Schule während der Unterrichtszeit stattfinden, sind sie im Einvernehmen mit der Schule unter Berücksichtigung des Unterrichtsbetriebs anzusetzen. Für die Erziehungsberechtigten der Schüler und Schülerinnen werden entsprechende Veranstaltungen durchgeführt; zu den berufs- und studienkundlichen Veranstaltungen für Schüler und Schülerinnen können auch deren Erziehungsberechtigte eingeladen werden.
6. Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung nach § 33 SGB III werden von der Berufsberatung im Rahmen der jeweils zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel kofinanziert und bieten die Möglichkeit zur Verbesserung des Entscheidungsverhaltens, zur Vertiefung berufs-/betriebskundlicher Kenntnisse oder zur vertieften Eignungsfeststellung. Die Berufsberatung initiiert entsprechende Maßnahmen, benötigt zur Umsetzung jedoch das finanzielle Engagement von Partnern der Wirtschaft, von Verbänden, der öffentlichen Hand oder anderen.
7. Die Berufsberatung vermittelt für die Ferienzeiträume für alle Schülergruppen in der Berufswahlphase freiwillige Betriebspraktika, so genannte „Individuelle Berufserkundungen und Betriebskontakte“, die über die Schülerbetriebspraktika hinaus Einblicke in die betriebliche Praxis vermitteln.
8. Die Berufsberatung stellt nach ihren Möglichkeiten den Schulen bzw. den Lehrkräften berufskundliche und berufswahlvorbereitende Unterrichtshilfen und -mittel zur Verfügung. Sollte es sich um die Einführung von neuen Medien handeln, ist dabei anzugeben, ob und in welcher Form Fachleute der Schule und gegebenenfalls der Wirtschaft bei der Erstellung beteiligt waren.
9. Den Schülern und Schülerinnen und ihren Erziehungsberechtigten stellt die Berufsberatung berufsaufklärende und berufswahlvorbereitende Schriften zur Verfügung, die häufig auch für den unterrichtlichen Einsatz in der Schule geeignet sind. Die Verteilung von Schriften von überregionaler Bedeutung über die Schule an Schüler und Schülerinnen und ihre Erziehungsberechtigten bedarf der Genehmigung durch das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Einmal erteilte Genehmigungen gelten grundsätzlich bis zum Fristablauf oder Widerruf.
10. Für Schüler und Schülerinnen der beruflichen Schulen ist die Orientierung über die Lage und Entwicklung der Berufe und des Arbeitsmarkts, die Möglichkeiten der beruflichen Fortbildung sowie die Leistungen der Arbeitsförderung von besonderer Bedeutung.

In den verschiedenen Angeboten der Berufsschule für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz dient eine solche Orientierung dem gesellschafts- und bildungspolitischen Anliegen, auch diesen jungen Menschen die Möglichkeit einer beruflichen Ausbildung zu eröffnen. Im Mittelpunkt steht dabei die realistische Einschätzung der Einmündungsmöglichkeiten in den regionalen oder überregionalen Ausbildungs-, ggf. Arbeitsmarkt sowie die Realisierungsvorbereitung.

Die berufsorientierenden Maßnahmen an beruflichen Schulen sollen in Zusammenarbeit mit den Lehrkräften der entsprechenden Klassen und ggf. den Fachkräften der Jugendsozialarbeit an Berufsschulen erfolgen.

11. Die Berufsinformationszentren (BIZ) der örtlichen Agenturen für Arbeit stellen ein flächendeckendes Selbstinformationsnetz dar für Schüler und Schülerinnen, Lehrkräfte, Eltern und für alle an Berufswahl-

themen Interessierten. Hier wird ein vielfältiges Medienangebot vorgehalten sowie die kostenfreie Nutzung eines Internetcenters und der Online-Angebote der Bundesagentur für Arbeit ermöglicht. Ein Besuch im Klassenverband im Rahmen der Berufswahlvorbereitungsphase wird durch die Berufsberatung angeboten.

12. Die berufliche Einzelberatung von Schülern und Schülerinnen des Sekundarbereichs I und II und die individuelle Vermittlung finden in der Regel in den örtlichen Agenturen für Arbeit statt. Liegen besondere Gründe vor – z.B. zu große räumliche Entfernung oder schlechte Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln – kann dies in den Schulen geschehen.

Die Berufsberatung für akademische Berufe berät Schüler und Schülerinnen des Sekundarbereichs II zusätzlich über die Studienmöglichkeiten an allen Hochschulen in Deutschland und ggf. im Ausland und informiert über die aktuellen Verfahren der Hochschulzulassungen.

Den Erziehungsberechtigten als wichtigsten Partnern der jungen Menschen in der Berufswahlphase wird empfohlen, an der Einzelberatung ihrer Kinder teilzunehmen.

13. Ergeben sich im Beratungsgespräch Fragen zur Feststellung der Berufseignung oder Vermittlungsfähigkeit, die nicht in der Beratung geklärt werden können, bietet die örtliche Agentur für Arbeit ärztliche und psychologische Untersuchungen und Begutachtungen sowie Beratungen an. Über die Teilnahme entscheiden die Erziehungsberechtigten bzw. bei Volljährigkeit der junge Mensch selbst.

Stehen schwerwiegende körperliche Einschränkungen der Realisierung einer bestimmten Berufsentcheidung entgegen, kann der Technische Dienst der Agentur für Arbeit mit technischem und arbeitswissenschaftlichem Fachwissen zur Umsetzung einer individuellen und schnellen Problemlösung beitragen.

C. Aufgaben der Schule in der Zusammenarbeit mit der Berufsberatung

1. Innerhalb ihres verfassungsmäßigen Bildungsauftrags hat die Schule auch die Aufgabe, Erziehungsarbeit für das Leben in der Gesellschaft zu leisten und auf Arbeitswelt und Beruf vorzubereiten, den Schülern und Schülerinnen Beratungs- und Entscheidungshilfen zu geben und den Grundstock für ein reflektiertes Arbeitsverhalten zu legen. Hierbei sind die Eltern als wichtigste Bezugspersonen in der Berufswahlphase ihrer Kinder in geeigneter Form zu beteiligen.

Diese Aufgabe wird im Rahmen der Lehrpläne im Unterricht durch fachbezogene und fächerübergreifende Lerninhalte, durch entsprechende Methoden (z.B. Projektarbeit) und Unterrichtsprinzipien erfüllt. Die Aufgabe ist frühzeitig wahrzunehmen.

Die Aufgabe fällt nicht nur im allgemein bildenden Schulwesen, sondern auch im Bereich der Berufsschule und dort insbesondere bei den Angeboten der Berufsvorbereitung an.

2. Bei der Hinführung auf die Arbeitswelt sollten durch die Schulen die Möglichkeiten von Betriebspraktika und anderen betrieblichen Kontakten (z.B. Betriebsbesichtigungen und Berufserkundungen) genutzt werden.
3. Zur Erleichterung der Standortbestimmung des jungen Menschen im Berufswahlprozess sollten die unternommenen Teilschritte und -erfolge dokumentiert werden. Portfolioansätze (z.B. ein Berufswahlpass) können hierfür eine geeignete Möglichkeit darstellen.
4. Die Schule stimmt ihre Maßnahmen zur Berufswahlvorbereitung im Rahmen der Hinführung zur Wirtschafts- und Arbeitswelt mit denen der Berufsberatung ab. Ergänzend zu dem neutralen und objektiven Angebot der Berufsberatung können Orientierungsangebote der Wirtschaft und sonstiger regionaler Akteure der Berufswahl hinzugezogen werden. Auf eine interessensunabhängige und werbungsfreie Präsentation sollte seitens der Schulleitung geachtet werden. Die Berufsberatung der örtlichen Agentur für Arbeit kann bei der Einschätzung entsprechender Angebote ggf. beratend hinzugezogen werden. Maßnahmen von Schule, Berufsberatung, Wirtschaft und sonstigen Akteuren sollen sich sinnvoll ergänzen und aufeinander abgestimmt sein.
5. Die Schule bezieht die von der Berufsberatung zur Verfügung gestellten berufskundlichen und berufswahlvorbereitenden Informationsmedien in den Unterricht ein, soweit die Genehmigung zur Verteilung nach Abschnitt B, Ziffer 9 vorliegt. Dies gilt analog für Medien der Wirtschaft und der sonstigen Akteure, die durch Vorlage bei der örtlichen Schulleitung zu genehmigen sind. Sollte es sich um einen bayernweiten Einsatz von derartigen Publikationen handeln, ist das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus Entscheidungsträger. Bei der Prüfung externer Medienangebote sollte auf die beratende, neutrale Kompetenz der Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen werden.
6. Für Maßnahmen der Berufsberatung, insbesondere Schulbesprechungen, Elternabende und Eignungsuntersuchungen stellt die Schule mit Zustimmung des Schulaufwandträgers Räume und, wenn möglich, ihre technische Einrichtung zur Verfügung. Möglichkeiten des Lernortwechsels, z.B. Besuch im Berufsinformationszentrum (BIZ) der örtlichen Agentur für Arbeit oder dem BIZmobil in der Region, werden genutzt.

7. Die Schule empfiehlt darüber hinaus den Schülern und Schülerinnen und deren Erziehungsberechtigten, die berufsaufklärenden Veranstaltungen und Seminare der Berufsberatung außerhalb der Schule zu besuchen, die individuelle Berufsberatung und die Vermittlung von Ausbildungsstellen in Anspruch zu nehmen sowie die Online-Angebote der Bundesagentur für Arbeit zu nutzen.
8. Die Berufsberatung informiert über die Schule die Schüler und Schülerinnen sowie deren Erziehungsberechtigte über das Dienstleistungs-, speziell das Beratungs- und Vermittlungsangebot der Berufsberatung der Agentur für Arbeit.

Diese entscheiden, ob sie die Berufsberatung in Anspruch nehmen wollen. Wenn die Erziehungsberechtigten oder der volljährige Schüler bzw. die volljährige Schülerin wünschen, dass die Schule der Berufsberatung ein Gutachten zur Verfügung stellt, so teilen sie dies der Schule schriftlich mit. Sie sollten umfassend aufgeklärt werden, was mit dem schriftlichen Einverständnis verbunden ist. Die Erziehungsberechtigten oder der volljährige Schüler bzw. die volljährige Schülerin erhalten dieses Gutachten von der Schule zur Vorlage bei der Berufsberatung. Das Gutachten enthält Angaben über Entwicklung, Leistung, Interessen und Verhaltensweisen des Schülers bzw. der Schülerin, soweit sie für die Berufswahl von Bedeutung sind.

Speziell bei jungen Menschen, deren weiterer Bildungsweg nach Verlassen der Schule ungesichert ist, erscheint die Weitergabe der erforderlichen Informationen an die Berufsberatung – unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Datenschutzes – empfehlenswert. Die Beurteilungen der Schule werden durch die Berufsberatung vertraulich behandelt.

Eine Bekanntgabe von Schüleranschriften durch die Schule ist ohne die Einwilligung der Betroffenen nicht zulässig.

9. Die Schule beurlaubt grundsätzlich Schüler und Schülerinnen vom Unterricht zur Wahrnehmung der beruflichen Einzelberatung sowie der ärztlichen und der psychologischen Eignungsuntersuchung, die durch die Berufsberatung veranlasst wurde. Der Antrag auf Befreiung vom Unterricht ist bei der Schule unter Vorlage der Einladung zu stellen. Dem Antrag wird stattgegeben, sofern nicht schwerwiegende Gründe entgegen stehen.
10. Bei der Berufsberatung der Förderschüler und Förderschülerinnen ist die Beteiligung des Lehrers im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten zweckdienlich und wünschenswert.
11. Die Schulen teilen der Berufsberatung auf Anfrage die für ihre Arbeit notwendigen statistischen Daten mit. Ein jährlicher Datenabgleich auf lokaler/regionaler Ebene der Bildungs- und Ausbildungsmarktstatistik ist als Grundlage für die Planung eines ausreichenden Angebots für die Nachvermittlung unverstärkter Jugendlicher unabdingbar.

D. Gemeinsame Aufgaben und Ziele

1. Die Beratungsdienste der Schule und die Berufsberatung haben eine Vielzahl fachlicher Berührungspunkte. Für eine Zusammenarbeit der beratenden Dienste, die auch dem Anliegen der jungen Menschen gerecht wird, ist eine fachliche Schwerpunktsetzung erforderlich.
2. Beratung als Hilfe und Form der Erziehung ist zunächst Aufgabe jeder Schule und einer jeden Lehrkraft, insbesondere der staatlichen Schulberatung und der Beratungslehrkräfte an den einzelnen Schulen. Fragen der Schullaufbahnwahl, des Erreichens schulischer Ausbildungsziele, der schulischen Leistung und Eignung, der Bildungsanforderungen im schulischen Bereich und der Situation des Schülers, der Schülerin in der Schule unterliegen der Beurteilung und Beratung durch die Schule. Die Berufsberatung verweist in solchen Fragen an die zuständigen Stellen der Schulen und der Schulberatung.
3. Die Berufsberatung ist mit ihren Orientierungs- und Beratungshilfen dann beteiligt, wenn vornehmlich berufsrelevante Fragen zu klären und berufliche Entscheidungen vorzubereiten sind. Bei der Vorbereitung von Informationsmaterial zieht die Berufsberatung Fachleute der Schulberatung hinzu, soweit Fragen der Schullaufbahnwahl zu beantworten sind.
4. Frühzeitig sind Schule und Berufsberatung, aber auch im Einzelfall die Jugendhilfe, gemeinsam gefordert, insbesondere solche Jugendliche zu begleiten, deren Übergang von der Schule in die Berufswelt gefährdet erscheint. Warteschleifen sollen durch eine intensive Betreuung vermieden, Ausbildungs- und Studienabbrüche verhindert werden. Das macht eine enge Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und betreuenden Fachkräften der Berufsberatung sowie den Erziehungsberechtigten und ggf. den Fachkräften der Jugendhilfe, spätestens zu Beginn der Abgangsklassen, notwendig. Strategien zur Chancenverbesserung sind zu entwickeln. Hierbei sind die jungen Menschen zu begleiten, ggf. durch beauftragte Dritte, z.B. in Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung. Möglichkeiten der Berufsvorbereitung nach der Schule (BVJ, Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit, Maßnahmen der Berufsausbildungsvorbereitung für lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Personen, Qualifizierungsangebote für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag etc.) sind auszuloten, um zu einem späteren Zeitpunkt die Chancen für die Ausbildungsaufnahme zu verbessern.

Die Staatsregierung und die Arbeitsverwaltung unternehmen im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel entsprechende Anstrengungen, ein ausreichendes Angebot an geeigneten Bildungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Zur besseren Abstimmung der verschiedenen Angebote dienen die „runden Tische“, die in allen bayerischen Agenturbezirken auf Initiative des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und der Regionaldirektion Bayern eingerichtet werden sollen.

5. Gemeinsame Beratungsaufgaben ergeben sich auch in Fragen einer möglichen Studienwahl (siehe auch Punkt B 12). Einzelheiten der Zusammenarbeit zwischen Schule, Berufsberatung und Studienberatung sind Gegenstand der „Gemeinsamen Empfehlung von HRK, KMK und BA zur Zusammenarbeit in der Sekundarstufe II“ vom 19. Februar 1992; s.d. .
6. Über die Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsberatung in Modellversuchen (z.B. Entwicklung von Konzepten für kooperative Maßnahmen zur Verbesserung der Integrationschancen von besonders benachteiligten Jugendlichen) werden jeweils gesonderte Vereinbarungen getroffen. Die Jugendhilfe ist im Bedarfsfall zu beteiligen.
7. Zur Erörterung anstehender Fragen benennen das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus als Ansprechpartner einen staatlichen Schulberater bzw. eine staatliche Schulberaterin, das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen und die Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit je einen Ansprechpartner, eine Ansprechpartnerin. Auf Wunsch eines der Beteiligten findet eine Besprechung statt, zu der weitere beratende Kräfte hinzugezogen werden können, ggf. auch aus dem Bereich der Wirtschaft und der sonstigen Akteure. Im örtlichen Bereich können entsprechende Arbeitskreise für Schule und Berufsberatung gebildet werden. Darüber hinaus bietet es sich an, den örtlichen Arbeitskreis Schule-Wirtschaft als Möglichkeit zum Informationsaustausch für alle Akteure zu nutzen.

Für jede Schule in Bayern soll eine Lehrkraft als Schülerberater, Schülerberaterin tätig bzw. für die Zusammenarbeit mit der staatlichen Schulberatung zuständig sein. Zu den Aufgaben dieser Lehrkraft gehört es, das Informationsmaterial, das von der Berufsberatung zur Verfügung gestellt wird, auf dem Laufenden zu halten und es Schülern und Schülerinnen, Eltern und Lehrkräften zugänglich zu machen sowie die Verbindung zwischen der einzelnen Schule und der für die Schule zuständigen Fachkraft der Berufsberatung zu pflegen.

8. Vollzeitschulische Berufsausbildungen können gemäß den Regelungen des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) der dualen Ausbildung gleichgestellt werden. Schule und Berufsberatung setzen sich gemeinsam dafür ein, dass vollzeitschulischen Berufsausbildungen an beruflichen Schulen von den Berufswählern, deren Eltern und der Wirtschaft als gleichwertig anerkannt werden.
9. Als weitere Formen der Zusammenarbeit bieten sich an:
 - Austausch von Schriften und Sprechstunden der beratenden Dienste,
 - Gemeinsame Durchführung von Aufklärungsveranstaltungen, besonders Elternveranstaltungen,
 - Gegenseitige Konsultation bei Beratung im Einzelfall, gegebenenfalls Teamberatung,
 - Konsultation von Fachleuten der Arbeitsverwaltung bei der Entwicklung von Curricula für einschlägige Bereiche der Arbeitslehre,
 - Intensivierung der gegenseitigen Teilnahme an Besprechungen sowie Aus- und Fortbildungsveranstaltungen für Lehr- und Beratungsfachkräfte,
 - Gemeinsame Erarbeitung von Lehr- und Anschauungsmaterial berufsorientierenden Inhalts.

E. Schlussbestimmungen

Vorstehende Richtlinien über die Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung gelten für die allgemein bildenden und beruflichen Schulen in Bayern.

Die mit Bekanntmachung vom 8. Dezember 1972 Nr. IB2/6100-12/72 (AMBl 1973 S. 66) veröffentlichte Vereinbarung über Richtlinien für die Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung nebst Ausführungsbestimmungen wird aufgehoben.

F. Empfehlung

Die Unterzeichnenden empfehlen den ARGen in Bayern bzw. deren Vertretungsorgan und den optierenden Kommunen, sich dieser Rahmenvereinbarung vertraglich anzuschließen.

223011.114-UK

Zulassung von Lernmitteln**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus****vom 1. August 2006 Nr. III.4-5 S 1321.1-5.75 830**

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schularten zugelassen.

Die mit * gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung.

Die mit ^R gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung und berücksichtigen die vom Rat für deutsche Rechtschreibung vorgelegten und von der Kultusministerkonferenz Anfang März 2006 beschlossenen Änderungen.

Lernmittelfreie Lernmittel**Allgemein bildende Schulen****Grundschule****Deutsch – Die Schriftsprache erwerben****Ernst Klett Verlag, Stuttgart:**

^R**Frohes Lernen · Fibel**, Ausg. Bayern, v. Eckl u.a., BN 230250, 1. Aufl. 06, 16,25 €, ZN 123/06-V (14.08.06)

Englisch**Cornelsen Verlag, Berlin/München:**

***Ginger and Friends – Pupil's Book**, Bayern, v. Hollbrügge/Kraaz:

^R**2**: BN 346080, 1. Aufl. 06/1. **Druck 06**, 9,50 €, ZN 126/06-V (14.08.06), zugl. f.d. Jgst. 4

Hauptschule**Deutsch – Kombinierte Sprach- und Lesebücher****Auer Verlag, Donauwörth/****Ernst Klett Verlag, Stuttgart:**

***Auer Deutschbuch**, Ein kombiniertes Sprach- und Lesebuch, v. Huneke u.a.:

^R**8**: BN 4358, 1. Aufl. 06, 19,80 €, ZN 93/06-V (14.08.06), zugl. f.d. Jgst. 8/M8

Schroedel Verlag, Braunschweig:

***Wortstark**, Themen und Werkstätten für den Deutschunterricht, Hauptschule Bayern:

^R**M8**: v. Boslak u.a., BN 48095, Aufl. 06/**Druck A**¹, 22,95 €, ZN 122/06-V (14.08.06)

Deutsch

– Rechtschreiben, Sprachbetrachtung und schriftlicher Sprachgebrauch

Oldenbourg Schulbuchverlag, München:

^R**Wortprofi**, Schulwörterbuch Deutsch, Neubearbeitung 2006, v. Greil, BN 00363 (kart. 00364, 7,95 €),

1. Aufl. 06, 11,40 €, ZN 94/06-V (14.08.06), zugl. f.d. Jgst. 5–7

Englisch**Cornelsen Verlag, Berlin/München:**

***New Highlight**, Hauptschule Bayern, v. Williams/Cox:

^R**3**: BN 344290, 1. Aufl. 06, 17,95 €, ZN 102/06-V (14.08.06), zugl. f.d. Jgst. 7

Geschichte / Sozialkunde / Erdkunde**Ernst Klett Verlag, Stuttgart:**

***TERRA · Geschichte/Sozialkunde/Erdkunde**, Hauptschule Bayern:

^R**8**: v. Eck u.a., BN 23940, 1. Aufl. 06, 20 €, ZN 81/06-V (14.08.06), zugl. f.d. Jgst. 8/M8

Mathematik**C.C. Buchners Verlag, Bamberg/****Ernst Klett Verlag, Stuttgart:**

***Formel**, Mathematik für Hauptschulen, hrsg. v. Sailer u.a.:

^R**9**: BN 6229, 1. Aufl. 06, 18 €, ZN 134/06-V (14.08.06)

Realschule**Französisch****Diesterweg Verlag, Braunschweig:*****Tout va bien:**

3: v. Bartel u.a., BN 03631, Aufl. 06/**Druck A**¹, 16,50 €, ZN 20/06-R6 (14.08.06), zugl. f.d. Jgst. 9

Gymnasium**Biologie****DUDEN PAETEC Schulbuchverlag, Berlin:**

^R**Biologie**, *Gymnasium Bayern*, hrsg. v. Pietsch u.a.:

8: BN 8-481, 1. Aufl. 06/1. **Dr. 06**, 16,95 €, ZN 130/06-G8 (14.08.06)

Deutsch – Kombinierte Sprach- und Lesebücher**C.C. Buchners Verlag, Bamberg:**

***Kombi-Buch Deutsch**, Lese- und Sprachbuch für Gymnasien:

^R**8**: hrsg. v. Müller, BN 3908, 1. Aufl. 06, 23,90 €, ZN 118/06-G8 (14.08.06)

Englisch**Cornelsen Verlag, Berlin/München:**

***New Context**, Ausg. B, hrsg. v. Schwarz, BN 360180, 1. Aufl. 06, 19,95 €, ZN 80/06-G9 (14.08.06), zugl. **ab** Jgst. 11, befr. b.z. Abl. d. Schj. 10/11

Geographie**Ernst Klett Verlag, Stuttgart:**

^R**TERRA · Geographie**, *Gymnasium Bayern*:

8: v. Altmann u.a., BN 27940, 1. Aufl. 06, 20 €, ZN 79/06-G8 (14.08.06)

Geschichte**Ernst Klett Verlag, Stuttgart:**

***Geschichte und Geschehen**, v. Bernlochner u.a.:
 R3: BN 411570, 1. Aufl. 06, 21,50 €, ZN 105/06-G8
 (14.08.06), zugl. f.d. Jgst. 8

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

***HORIZONTE**, Gymnasium Bayern, hrsg. v. Baumgärtner u.a.:
 R8: BN 111029, Aufl. 06/Dr. A¹, 18,95 €, ZN 98/06-G8
 (14.08.06)

Latein – Lehrbücher**C.C. Buchners Verlag, Bamberg/
Oldenbourg Schulbuchverlag, München:**

***prima. Gesamtkurs Latein, Ausg. B.** hrsg. v. Utz, zugl. f. Lat. als 2. FS:
 R3: BN 5023, 1. Aufl. 06, 22,80 €, ZN 115/06-G8
 (14.08.06), zugl. f.d. Jgst. 8

Mathematik**C.C. Buchners Verlag, Bamberg/
DUDEN PAETEC Schulbuchverlag, Berlin:**

***delta, Mathematik für Gymnasien**, hrsg. v. Schätz/Eisentraut:
 R8: BN 6068, 1. Aufl. 06, 20,40 €, ZN 136/06-G8
 (14.08.06)

Physik**DUDEN PAETEC Schulbuchverlag, Berlin/
C.C. Buchners Verlag, Bamberg:**

R**Physik**, *Gymnasium Bayern*, hrsg. v. Meyer/Schmidt:
 8: BN 8-561-3, 1. Aufl. 06/Druck 06, 15,95 €, ZN 135/06-G8 (14.08.06)

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

R**Impulse · Physik**:
 8: v. Donat u.a., BN 772463, 1. Aufl. 06, 17,80 €, ZN 132/06-G8 (14.08.06)

Rechnungswesen**Winklers Verlag, Darmstadt:**

Hinweis:
 Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Kaufmännische Buchführung für Wirtschaftsschulen**, v. Schmolke/Deitermann:
 1: *Einführung in die Finanzbuchhaltung*, BN 6577, 42. überarb. Aufl. 06, 15,50 €, ZN 962/78-G9 (14.08.06), zugl. f.d. Jgst. 9, **befr. b.z. Abl. d. Schj. 06/07**

Spanisch**Cornelsen Verlag, Berlin/München:**

***Encuentros**, Nueva edición:
 R1: v. Barrera u.a., BN 201279, 1. Aufl. 03/ab 7. Druck 06, 19,50 €, ZN 77/06-G8 (14.08.06), zugl. f.d. Jgst. 8 in Span. als 3. FS, **befr. b.z. Abl. d. Schj. 06/07**

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

R**Línea verde**, v. Bade u.a., zugl. f. Span. als 3. FS:
 1: BN 535830, 1. Aufl. 06, 19,40 €, ZN 131/06-G8 (14.08.06), zugl. f.d. Jgst. 8

Berufliche SchulenWirtschaftsschuleEnglisch**Cornelsen Verlag, Berlin/München:****Hinweis:**

Die bis zum Ablauf des Schuljahres 2005/06 für die 4-stufige Realschule ausgesprochene Zulassung des nachfolgend genannten Werks wird auf die Wirtschaftsschule übertragen.

Go Ahead, Neue Ausgabe, v. Eastwood u.a.:
 *8: BN 21955, 1. Aufl. 95, 20,95 €, ZN 159/05-W (14.08.06)

**Lernmittel, die nur unter den
 Voraussetzungen des Art. 21 Abs. 3 Satz 2
 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes
 vom 31. Mai 2000
 (GVBl S. 455, KWMBI I S. 251)
 lernmittelfrei sind**

Allgemein bildende SchulenRealschuleErdkunde**Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:**

R**DIERCKE Weltatlas**, Ausgabe 2 Bayern, BN 100652,
 1. Aufl. 06/Druck A¹, 24,95 €, ZN 92/06-R (14.08.06)

**Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige
Lernmittel****Allgemein bildende Schulen**GrundschuleDeutsch – Die Schriftsprache erwerben**Ernst Klett Verlag, Stuttgart:**

R**Frohes Lernen · Arbeitsheft**, Ausg. Bayern, v. Eckl u.a., BN 230251, 1. Aufl. 06, 10,95 €, ZN 124/06-V (14.08.06)

Englisch**Cornelsen Verlag, Berlin/München:**

***Ginger and Friends – Activity Book**, Bayern, v. Hollbrügge/Kraaz: R2: BN 236072, 1. Aufl. 06/1. Druck 06, 6,95 €, ZN 127/06-V (14.08.06), zugl. f.d. Jgst. 4

HauptschuleDeutsch

– *Rechtschreiben, Sprachbetrachtung und schriftlicher Sprachgebrauch*

Oldenbourg Schulbuchverlag, München:

**Deutschprofi B – Arbeitsheft:*

^R**8**: hrsg. v. Knapp, BN 00254, 1. Aufl. 06, 5,95 €, ZN 104/06-V (14.08.06)

^R**M8**: hrsg. v. Knapp, BN 00255, 1. Aufl. 06, 5,95 €, ZN 103/06-V (14.08.06)

RealschuleDeutsch – Sprachlehre

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

**Mit eigenen Worten – Arbeitsheft, Realschule Bayern*, v. Bannert u.a.:

^R**7**: BN 121247, Aufl. 04/**Druck B¹06**, 6,95 €, ZN 142/02-R6 (14.08.06)

Gymnasium

Französisch

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

^R***À plus! Méthode intensive – Carnet d'activités, Teil-druck (Unités 1 – 3)***, zugel. f. Franz. als 3. FS:

1: v. Jorißen, BN P965935, 1. Aufl./**1. Druck 2007/06**, kostenlos, ZN 141/06-G8 (14.08.06), zugel. f.d. Jgst. 8, befr. b.z. Erscheinen des vollständigen Buches, längstens b.z. Abl. d. Schj. 06/07

Berufliche Schulen

WirtschaftsschuleEnglisch

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

Hinweis:

Die bis zum Ablauf des Schuljahres 2005/06 für die 4-stufige Realschule ausgesprochene Zulassung des nachfolgend genannten Werks wird auf die Wirtschaftsschule übertragen.

Go Ahead – Workbook, Neue Ausgabe:

^{*}**8**: v. Heidemeier/Zahn, BN 21963, 2. Aufl. 95, 8,95 €, ZN 159/06-W (14.08.06)

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt am 14. August 2006 in Kraft.

Erhard

Ministerialdirektor